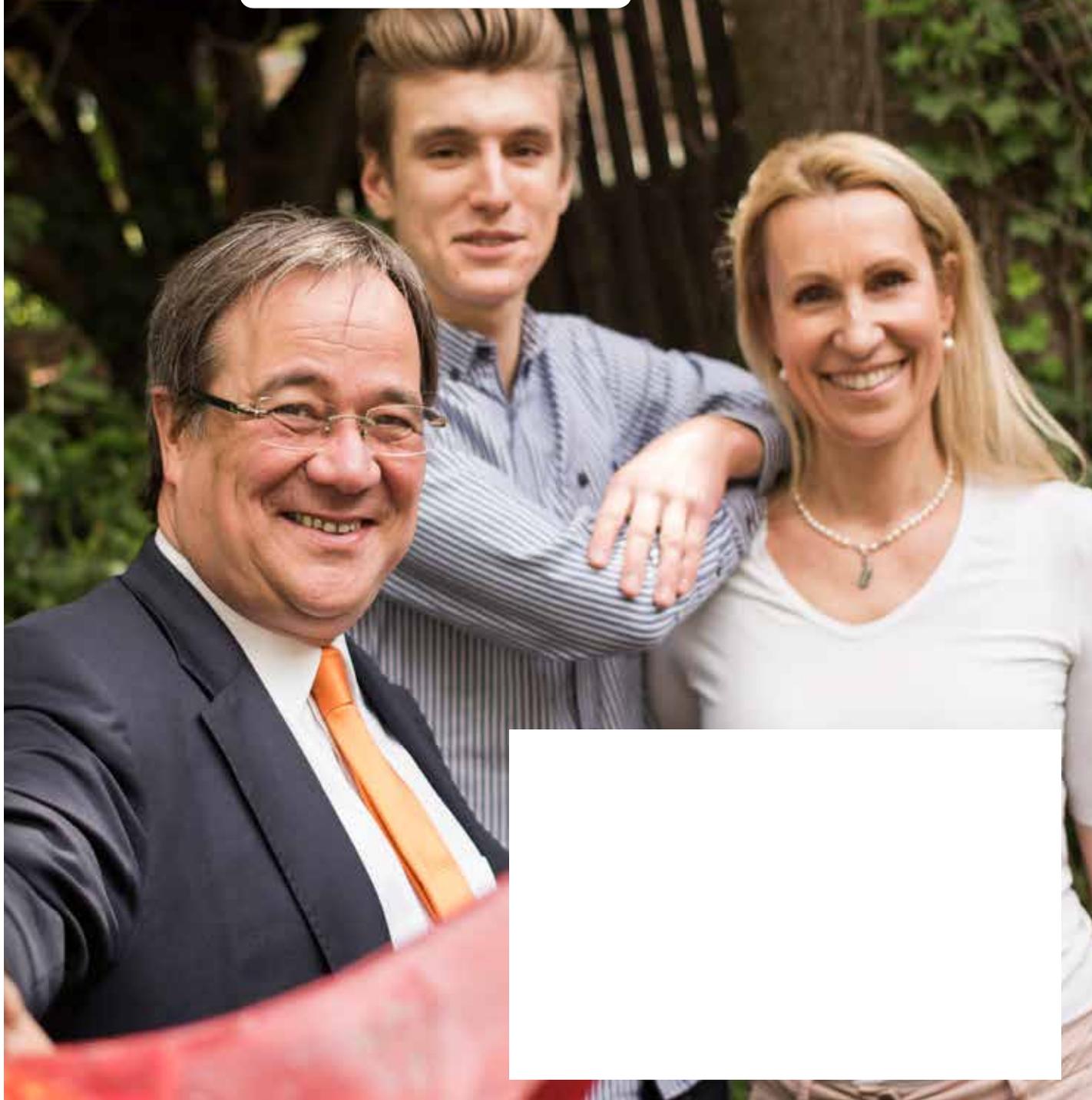


Bei uns in **NRW**

Ausgabe 02/2015
www.cdu-nrw.de
Einzelpreis 2,50 €

*Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen*



***Unsere Polizei ist da,
damit wir uns sicher fühlen.***



***Respekt & Anerkennung
für unsere***

POLIZEI



Eine Initiative der



CDU



Liebe Leserin und Leser,

Mitte Juni haben wir auf unserem 37. Landesparteitag in Essen unser erstes eigenes Grundsatzprogramm seit der Gründung unseres vereinten Landesverbands 1986 verabschiedet. Es trägt den Titel „Aufstieg, Sicherheit, Perspektive – Das Nordrhein-Westfalen-Programm“ und es ist eine Liebeserklärung an unser vielfältiges, buntes und dynamisches Land. Die Rheinische Post wertet es als „ein neues Aufstiegsversprechen fürs Land: Mal wieder Vorreiter sein in der Republik.“ Und fügt hinzu: „Kein schlechter Gedanke.“

Anders als die rot-grüne Landesregierung wollen wir die Potenziale Nordrhein-Westfalens und seiner Menschen zu einer neuen Blüte führen. Wir wollen den Menschen die Möglichkeit geben, sich zu entfalten und durch starke Familien, gute Bildung und zukunftsfeste Arbeit aufzusteigen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen wieder zum Motor der Republik machen.

Grundlage unserer Politik ist und bleibt das christliche Menschenbild. Es verpflichtet uns zugleich zu eigenverantwortlichem Handeln und zu gegenseitiger Solidarität. Diese beiden Prinzipien kommen auch im Gedanken der Inklusion zum Ausdruck, die in diesem Heft im Mittelpunkt steht. Inklusion hat das

Ziel, jedem Menschen gesellschaftliche Teilhabe und die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Sie ist ein Beispiel, wie wir aus unseren Werten Handlungsempfehlungen für unsere tägliche politische Arbeit ableiten.

Mit unserem Nordrhein-Westfalen-Programm haben wir die Grundlage dafür geschaffen, die CDU bei der Landtagswahl 2017 wieder in Regierungsverantwortung zu bringen. Doch der Weg dorthin ist noch weit und es wartet viel Arbeit auf uns. Der nächste Schritt sind die Oberbürgermeister-, Bürgermeister- und Landratswahlen im September. Ich bitte Sie herzlich und lade Sie ein, unsere Kandidatinnen und Kandidaten in den kommenden Wochen zu unterstützen.

Ab Herbst richten wir unseren Fokus auf die Landtagswahl 2017. Zunächst aber wünsche ich Ihnen schöne Sommerferien. Und dann werden wir gemeinsam die Ärmel hochkrepeln.

Viel Sonne wünscht Ihnen

Inhalt



Laschet trifft

- 6 Inklusionsschüler Julius und seine Mutter Dr. Annette Dröge

CDU in NRW

- 10 37. Landesparteitag in Essen
- 12 Abschlusskongress zum Grundsat-
programm in Rheda-Wiedenbrück
- 14 Begleitgremium Moderne Parteiarbeit:
„Meine CDU 2017“
- 16 Programmkommission schließt Arbeit
ab: Zusammenhalt stärken – Zukunft der
Bürgergesellschaft gestalten

Denkanstoß

- 18 Gastbeiträge von Ina Scharrenbach zur
Berufsorientierung in der Schule und Sven
Volmering zur Digitalen Bildung

Im Visier

- 22 Köln, die SPD und die Wahrheit – eine Chrono-
logie der Ereignisse.

Rubriken

- 1 Editorial
- 3 Meldungen
- 13 Zahlen zum Grundsatprogramm
- 20 12 Fragen an Sabine Verheyen
- 21 12 Fragen an Tilman K. Pöppel
- 24 Schlusslicht: Löttgens Lupe

Zwischen den
Seiten 12 und 13
finden Sie eine
neue Ausgabe
„Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke
berichtet die CDU-
Landtagsfraktion
über ihre politischen
Vorhaben und Akti-
vitäten.

Auf zwölf Seiten
finden Sie Informa-
tionen über aktuelle
Vorhaben, Initiativen
und Anträge der
CDU-Fraktion im
nordrhein-westfäli-
schen Landtag.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu-nrw.de

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Bodo Löttgen

Bild- und Textredaktion, Satz:
Beate Müller-van Ißem

Autoren:
Isabelle Fischer, Beate Müller-van
Ißem, Ferdinand Schmitz, Stephan
Terhorst, Britta Weiss

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 02 11 - 136 00 - 0
Fax: 02 11 - 136 00 - 15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu-nrw.de

Layout:
Designbüdchen
Patrick Dahm
Nelkenweg 12
42489 Wülfrath
info@designbuedchen.com
www.designbuedchen.com

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: Armin Laschet trifft Inklusionsschüler Julius und seine Mutter Dr. Annette Dröge. Foto: Sondermann.

Paderborner Landtagsabgeordneter verstorben

CDU Nordrhein-Westfalen trauert um Volker Jung



Foto: Hoppe-Biermeyer

Die Landtagsfraktion und die CDU Nordrhein-Westfalen trauern um den Lichtenauer Landtagsabgeordneten Volker Jung, der am 7. April 2015 im Alter von 46 Jahren verstarb. Er hinterlässt seine Frau und zwei Söhne. Armin Laschet: „Sein viel zu früher Tod kam für uns alle plötzlich und unerwartet. Wir sind fassungslos, erschüttert, ratlos und unsagbar traurig über den Tod unseres sympathischen, beliebten und allseits geschätzten Kollegen.“

Volker Jung war seit 2012 direkt gewähltes Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, hier war er im Haushalts- und Finanzausschuss tätig. In seiner Heimat Lichtenau und im Ort Herbram engagierte er sich kommunalpolitisch, er trat für den sozialen Zusammenhalt

und für den Sport ein. Für Volker Jung stand immer die Sache im Vordergrund, seine Person nahm er zurück. Tief verankert in seinem christlichen Glauben wollte er die Welt besser und gerechter machen. Das Paderborner Land und die Menschen vertrat er mit großem Herzblut in der Landespolitik.

Armin Laschet: „Sein Tod reißt ein Loch in die Reihen unserer Fraktion. Wir verlieren einen Freund, der in seiner Einzigartigkeit unersetzbar ist. In unseren Gedanken sind wir jetzt bei seiner Familie. Gerade in diesen Stunden vertrauen wir auf die Osterbotschaft, nach der der Tod nicht das letzte Wort hat. Wir sind ihm und seiner Familie im Gebet tief verbunden.“ ■

Wie viele Wochen noch bis zum Wechsel?

CDU Nordrhein-Westfalen startet Countdown bis zum Wahltag

Seit Juni 2010 regiert Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen – Jahre des Rückschritts für unser Land. Als CDU Nordrhein-Westfalen sind wir der Überzeugung, dass unser Land Besseres verdient hat. Nordrhein-Westfalen braucht einen neuen Aufbruch!

Deshalb arbeiten wir auf einen Wechsel im Mai 2017 hin. Unterstützen Sie uns auf dem Weg dorthin. Wie lang der Weg noch ist, zeigt Ihnen und uns sekundenaktuell unsere Uhr, die bis zum Wahltag herunterzählt. Gucken Sie jetzt nach, wie viele Wochen, Tage, Stunden, Minuten und Sekunden es aktuell noch sind bis zum Wechsel, auf www.wochen-bis-zum-wechsel.de!

| | | | | | |
|--------|------|---------|---------|----------|-------------------------------------------------------------------------|
| 98 | 04 | 17 | 32 | 35 | ... waren es bei Redaktionsschluss noch bis zum Wechsel im Mai 2017. |
| Wochen | Tage | Stunden | Minuten | Sekunden | |

Wie Sie sehen, sehen Sie nichts

Außenwerbung ist seit über einem Jahrhundert fester Bestandteil der Markenkommunikation. Ob neue Produkte oder starke Marken: Sie gibt den Dingen ein Gesicht.

Tabakwerbung macht da keine Ausnahme. Das gilt besonders in Zeiten der Tabakprodukt-Richtlinie und der Einführung der Einheitspackungen in einigen Ländern. Diese Maßnahmen zerstören den Wettbewerb und nutzen nur dem illegalen Handel.

JTI (Japan Tobacco International) setzt sich dafür ein, dass das Recht zu werben auch weiterhin den Tabakunternehmen erhalten bleibt – weil wir Vielfalt schätzen und der Konsument die freie Wahl haben sollte.

Pride in tobacco

jti.com





Mandatsträgerkonferenz in Kamp-Lintfort

Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen lehnen Strafsteuer für Kohlekraftwerke ab

Starkes Bild und starke Stimme: Die Abgeordneten der nordrhein-westfälischen CDU aus Landtag, Bundestag und Europaparlament haben sich im April im niederrheinischen Kamp-Lintfort getroffen. Auf ihrer 3. Mandatsträgerkonferenz haben sie ein energiepolitisches Positionspapier beschlossen, in dem sie sich entschieden gegen die Einführung einer Son-

derabgabe für konventionelle Kraftwerke aussprechen. Über alle Mandatsebenen hinweg ein klares Zeichen, dass die Energie- und Klimaschutzpolitik der Bundesregierung nicht einseitig zu Lasten eines Energieträgers und damit des Wirtschafts- und Industriestandortes Nordrhein-Westfalen gehen darf. ■

Agrarausschuss tagt in Delbrück

Schulze Föcking im Amt bestätigt

Mit überragender Mehrheit von 98,9 Prozent hat der Agrarausschuss der CDU Nordrhein-Westfalen die seit 2011 amtierende Vorsitzende, Christina Schulze Föcking MdL, auf seiner Landesdelegiertentagung in Delbrück für weitere zwei Jahre in ihrem Amt bestätigt. Ebenso wiedergewählt wurden ihre Stellvertreter Arnd Cappell-Höpken, Josef Schmitz, Cornel Lindemann-Berk und Eduard Gockel sowie Schriftführer Markus Höner.

In ihrer Rede vor den rund 100 Delegierten kritisierte Schulze Föcking, dass in der politischen Debatte mehr über als mit

den Landwirten gesprochen werde. „Während die heimischen Landwirte den Verbraucherinnen und Verbrauchern immer bessere und nachhaltigere Erzeugnisse zur Verfügung stellen, bleibt insgesamt die Anerkennung für die vielfältigen Leistungen der Landwirte auf der Strecke“, so die Vorsitzende. Die Landwirtschaft müsse hier selbstbewusst ansetzen. Christina Schulze Föcking bewirtschaftet als aktive Landwirtin gemeinsam mit ihrem Mann einen mittelständischen Betrieb in Steinfurt. ■



Landesdelegiertentag der Frauen-Union

Fischbach als FU-Landesvorsitzende wiedergewählt

Auf dem 26. Landesdelegiertentag der Frauen-Union NRW, der am 7. März 2015 in Paderborn stattfand, wurde die Landesvorsitzende Ingrid Fischbach MdB mit einem hervorragenden Ergebnis zum zweiten Mal in ihrem Amt bestätigt. Fischbach erhielt über 94 Prozent der Stimmen und erfuhr damit von den anwesenden Delegierten aus ganz Nordrhein-Westfalen eine starke Rücken-deckung für ihre Arbeit. Der geschäftsführende Vorstand wurde ebenfalls in seinem Amt bestätigt.

„Dies war ein gelungener Tag für die Frauen-Union NRW“, fasste Fischbach die Landesdelegiertenversammlung der Frauen-Union zusammen. Auf der Tagung wurde die „Paderborner Resolution“ vorgestellt und beschlossen. In dieser Resolution wird unter anderem die Landesregierung aufgefordert, die unteren Ge-



sundheitsbehörden verpflichtend in die Aufgaben der Gesundheitsförderung und Prävention einzubeziehen und betriebliche Initiativen zur Gesundheitsförderung stärker zu unterstützen. Zu diesem Ergebnis kam auch eine Diskussionsrunde mit fachkundigen Referenten aus Medizin und Wirtschaft. ■



CDA-Landestagung in Wesel
**Ralf Brauksiepe bleibt
CDA-Landesvorsitzender**

Am 25. April 2015 fand in Wesel die 30. Landestagung der CDA Nordrhein-Westfalen statt. Im Rahmen der Neuwahl des Landesvorstands wurde der Bundestagsabgeordnete Ralf Brauksiepe aus Hattingen in seinem Amt als Landesvorsitzender der CDA Nordrhein-Westfalen bestätigt. Brauksiepe steht der Landesvereinigung seit 2002 vor. Ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt wurden Dennis Radtke als 1. Stellvertretender Landesvorsitzender sowie Ralf Robertz, Bernd Schulze-Waltrup und Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB als stellvertretende Landesvorsitzende.

Thematisch widmete sich die CDA-Landestagung mit einem Initiativantrag dem Thema „Der Industrie nicht den Stecker ziehen – Energiewende mit Augenmaß gestalten“. Darin spricht sich die CDA NRW gegen eine Sonderabgabe im Bereich der Braunkohle aus und stellt sich auf die Seite der Beschäftigten der Braunkohleindustrie. Auch der CDU-Landesvorsitzende und Gastredner Armin Laschet betonte die Wichtigkeit der Arbeit der CDA, insbesondere mit Blick auf die aktuelle Braunkohle-Debatte. Braunkohle sei von besonderer Wichtigkeit für den Energiesektor. ■

HERZLICHE EINLADUNG ZUM TAG DER VEREINIGUNGEN

am Samstag, 24. Oktober 2015
in Düsseldorf

Bitte merken Sie sich das Datum vor,
weitere Informationen folgen.





Laschet trifft

Inklusionsschüler Julius und seine Mutter Dr. Annette Dröge

Das Ziel der schulischen Inklusion von Kindern mit Behinderungen hat die CDU Nordrhein-Westfalen bereits 1992 (!) auf ihrem 9. Landesparteitag formuliert. Seit einem Jahr gibt es in Nordrhein-Westfalen einen Rechtsanspruch auf Inklusion. Doch die rot-grüne Landesregierung hat nicht die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen und stellt zu wenige Ressourcen bereit. Die Umsetzung läuft daher mehr als chaotisch. Leidtragen-

de sind Schüler, Eltern und Lehrer gleichermaßen. Armin Laschet hat Dr. Annette Dröge getroffen, die als Kinder- und Jugendärztin, aber auch als Mutter im Bereich der Inklusion engagiert ist. Ihr Sohn Julius hat als Folge eines Autounfalls besonderen Förderbedarf gehabt. Da sie mit dem staatlichen Angebot inklusiven Unterrichts nicht zufrieden war, hat sie zusammen mit anderen Eltern eine Schule gegründet.

Frau Dr. Dröge, Sie sind Großnichte von Ludwig Erhard und haben im Kanzleramt auf seinem Schoß gesessen. Er hat damals für den „Wohlstand für alle“ gekämpft. Sie engagieren sich heute für „Teilhabe für alle“. Was ist der Ansporn Ihres Handelns?

Für mich ist klar, dass jeder Mensch auf seine Art besonders ist und Wertschätzung verdient. Ich erfahre jeden Tag, dass unsere Gesellschaft diesem Anspruch an vielen Stellen nicht gerecht wird. Ansporn meines Engagements ist zum einen meine Tätigkeit als Kinder- und Jugendärztin, bei der mir dies immer wieder bewusst wird. Aber auch als Mutter ist mir dieses Thema wichtig. Aufgrund eines Autounfalls während der Schwangerschaft brauchte mein Sohn von Geburt an eine besondere Förderung.

Wie sah das damals aus, als Ihr Sohn eingeschult wurde?

Für mich war von Beginn an klar, dass Julius inklusiven, gemeinschaftlichen Unterricht bekommen sollte. Und es hat sich herausgestellt, dass diese Entscheidung ein Segen für ihn war.



“ **So, wie es zurzeit gemacht wird, kann Inklusion nicht gelingen.** ”

War es ein Problem, eine Schule zu finden, die inklusiven Unterricht anbot?

Es war kein Problem, eine entsprechende Grundschule zu finden. Schwierig wurde es erst, als Julius auf die weiterführende Schule kam, denn da war das Angebot sehr begrenzt. Damals habe ich dann zusammen mit anderen Eltern angefangen zu überlegen, eine Schule für alle Kinder zu gründen. Als sie dann 2012 an den Start ging, ist mein Sohn direkt dorthin gewechselt. Dort wird er unfassbar toll gefördert, musste sich aber auch sehr anstrengen. Vor kurzem hat er mit Bravour seinen erweiterten Realschulabschluss geschafft. Es steht ihm nun offen, das Abitur zu machen. Ich finde, das ist eine großartige Geschichte, die zeigt, dass sich Inklusion lohnt.

Bei uns in NRW 02/15

Absolut! Ich stelle mir vor, dass es äußerst schwierig ist, eine neue Schule zu gründen. Wie hat es angefangen? Welche Schwierigkeiten haben Sie erlebt?

Angefangen hat alles in einem Wohnzimmer. Wir haben mit anderen Eltern zusammengesessen und überlegt, dass wir eine andere, eine neue Schule gründen. Los ging es mit dem Konzept. Wir wollten Schule neu denken. Die Umsetzung war sehr schwierig. Problematisch war beispielsweise, dass man keinen Mietvertrag bekam, ohne eine Betriebsgenehmigung zu haben. Man bekam aber keine Betriebsgenehmigung, ohne die Räumlichkeiten vorweisen zu können. Und finden Sie mal Lehrer und Schüler, ohne dass es eine Genehmigung für die Schule gibt.

Das hört sich nach einer nervenaufreibenden Zeit an!

Ja, das war sie! Es waren turbulente, aber auch spannende und im Rückblick schöne Jahre. Und der Erfolg gibt uns Recht.

Wie viele Kinder besuchen die Schule heute und wie ist das Schulleben organisiert?

Zurzeit sind es 201 Kinder. Davon haben 55 Kinder einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Im Sommer kommen 75 neue Kinder hinzu. Am Ende werden wir 450 Schüler haben. Dann haben wir auch den ersten Jahrgang in der Oberstufe. Bei uns gibt es drei Altersgruppen. Die Kinder der 5. bis 7. Klasse, die der 8. bis 10. Klasse und später die der 11. bis 13. Klasse lernen zusammen. Vielen Kindern und Eltern gefällt das Modell, die Nachfrage ist so groß, dass wir sie leider nicht decken können.

Julius, Du hast viele Freunde, beispielsweise in der Jungen Union, die auf andere Schulen gehen. Was ist für Dich das besondere an Deiner Schule?

Bei uns ist von Anfang an klar, dass jeder seine besonderen Seiten, seine Stärken und Schwächen hat. Wir sind da ein Stück weit sensibler, gehen darauf ein und unterstützen uns gegenseitig. Das erlebe ich in der Gesellschaft so nicht. Wir erhalten an unserer Schule einen individuell abgestimmten Lernplan und ich habe Spaß daran, diese Inhalte zu erarbeiten. Außerdem haben wir junge und engagierte Lehrer, die sich echt viel Mühe geben. Ich denke, das ist nicht an allen Schulen so.

Hast Du Dich aus dieser Erfahrung an der Schule heraus entschieden, politisch aktiv zu werden und der Jungen Union beizutreten?

Vielleicht hat es dazu beigetragen, ich bin mir nicht sicher. Ein Freund hat mich einmal mitgenommen. Es hat mir gut gefallen, denn ich bin ein Typ, der mit anpacken will. Immer nur Meckern macht nichts besser.

Frau Dr. Dröge, die von Ihnen mitgegründete Offene Schule Köln ist eine Modellschule und wird, wie alle Inklusionsmodellschulen, durch das rot-grüne Inklusionsgesetz schlechter gestellt. Welche Schwierigkeiten ergeben sich hieraus für die Schule?

Uns fehlen dadurch etwa 90.000 Euro im Jahr. Das ist sehr viel Geld für eine so kleine und junge Schule.



wir auch die Förderschulen. Es wäre daher falsch, alle Förderschulen sofort zu schließen.

Kindern mit Zuwanderungsgeschichte wird überproportional häufig ein sonderpädagogischer Förderbedarf bescheinigt. Denken Sie, dass durch inklusiven Unterricht ihre Chance auf einen regulären Schulabschluss erhöht wird und Inklusion so auch zu Integration beiträgt?

Absolut! Vielen Kindern mit Zuwanderungsgeschichte fehlen gute Deutschkenntnisse und oftmals fehlt es auch an Unterstützung und Förderung durch die Eltern. Sie kommen dann auf eine Haupt- oder Förderschule, obwohl in ihnen das Potenzial für mehr ist, das nur geweckt werden muss.

Inklusion ist kein rein schulisches, sondern ein gesamtgesellschaftliches Thema. In welchen anderen Bereichen sehen Sie dringenden Handlungsbedarf?

Wir diskutieren Inklusion immer nur im Zusammenhang mit Schule. Dabei bedeutet Inklusion ja grundsätzlich, dass alle eingeschlossen werden, dass Unterschiede als Vielfalt wahrgenommen werden. Sie bezieht sich somit nicht singulär auf Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder Menschen mit Behinderung, sondern explizit auf jeden Mitmenschen in unserer Gesellschaft. Ich denke, es gibt viele Menschen, die sich ausgeschlossen oder zumindest an den Rand gedrängt fühlen, beispielsweise Flüchtlinge. Auch um diese Menschen müssen wir uns im Sinne der Inklusion kümmern.

Lieber Julius, liebe Frau Dröge, herzlichen Dank für das Gespräch.



„ Jeder hat seine besonderen Seiten, seine Stärken und Schwächen. “

Wie finanziert sich die Schule?

Etwa 87 Prozent der Kosten werden vom Land getragen. Den Rest müssen wir selber organisieren. Wir brauchen pro Kind etwa 150 Euro im Monat, aber wir wollen kein verpflichtendes Schulgeld nehmen, um niemanden davon abzuhalten, auf unsere Schule zu kommen. Die Eltern werden daher um eine freiwillige Hilfe gebeten. Den Rest organisieren wir über Spenden und Zuwendungen von Stiftungen. Und natürlich sind alle Eltern sehr engagiert und packen bei praktischen Arbeiten mit an.

Seit vergangenem Jahr haben alle Kinder einen Rechtsanspruch auf inklusiven Unterricht, doch in der Praxis hapert es gewaltig. Wo sehen Sie die Probleme in der Umsetzung der schulischen Inklusion?

So, wie es zurzeit gemacht wird, kann Inklusion nicht gelingen. Inklusion muss als Prozess verstanden werden, als langer Weg, den es zu gehen gilt. Damit sie funktioniert, braucht es das Know-How in den Schulen und ausreichend Ressourcen. Beide Voraussetzungen sind im Moment nicht gegeben.

Sehen Sie die Akzeptanz für die Inklusion durch das aktuelle Chaos gefährdet?

Ja, denn im Moment sind alle überfordert, Kinder, Eltern und Lehrer. Vielen geht es schlechter als vorher.

Glauben Sie, dass jedes Kind mit besonderem Förderbedarf in einer Regelschule gut aufgehoben ist und individuell gefördert werden kann?

Mein Wunsch ist, dass dies irgendwann möglich sein wird. Ich bin überzeugt, dass jeder Mensch Potenziale hat. Und es muss das Ziel sein, dass er sein Leben selbstbestimmt führen kann, dass er am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich in der Arbeitswelt einbringen kann. Ich denke, dass Inklusion auf dieses Ziel am besten hinarbeitet. Im Moment ist es noch nicht der Fall und deshalb brauchen



37. Landesparteitag in Essen

„Aufstieg, Sicherheit, Perspektive – Das Nordrhein-Westfalen-Programm“

Das Grundsatzprogramm können Sie auf unserer Internetseite unter <http://bit.ly/GrundsatzprogrammBUIN> herunterladen. Mit einer entsprechenden App erreichen Sie die Seite auch, wenn Sie den nebenstehenden QR-Code scannen.



Fotos: Sondermann

Die CDU Nordrhein-Westfalen hat auf ihrem 37. Landesparteitag in Essen ihr erstes Grundsatzprogramm verabschiedet. Einstimmig sprachen sich die 590 anwesenden Delegierten für das Programm mit dem Titel „Aufstieg, Sicherheit, Perspektive – Das Nordrhein-Westfalen-Programm“ aus.

Grundsatzprogramm für ganz Nordrhein-Westfalen

In seiner Rede nahm Armin Laschet Bezug auf den Ausgangspunkt des Grundsatzprogrammprozesses, die Analyse der verlorenen Landtagswahl 2012. Immer sei es um die Frage gegangen, wofür die CDU stehe und was die Grundsätze der CDU im 21. Jahrhundert bedeuteten. Nun werde der Grundsatzprogrammprozess nach über zwei Jahren abgeschlossen. Der Landesparteitag sei daher ein historischer: „Heute werden in Nordrhein-Westfalen Christdemokraten das erste Grundsatzprogramm beschließen. Es heißt ‚Nordrhein-Westfalen-Programm‘, und es ist unser Programm für alle Menschen und alle Teile unseres Landes.“ Gleichzeitig bilde das Grundsatzprogramm das Fundament für die angestrebte Regierungsübernahme im Jahr 2017, bekräftigte Laschet.

Politik aus Grundsätzen ableiten

Beim Reformkongress im April 2013, der Großveranstaltung zum Auftakt des Grundsatzprogrammprozesses in Köln, habe der frühere Verfassungsrichter Udo Di Fabio der CDU ins Stammbuch geschrieben, dass sie ihre Politik durchaus offensiver aus dem christlichen Menschenbild ableiten und erklären müsse. Armin Laschet: „Das christliche Menschenbild ist das beste Leitbild, das wir den Menschen und der Gesellschaft anbieten können.“ Nun gelte es, dieses *Selbst-Bewusstsein* weiterzuentwickeln. „Das brauchen wir auch, wenn uns manche einreden wollen, Nordrhein-Westfalen sei ein sozialdemokratisches Land.“ Dabei hätten bei der Bundestagswahl 2013 vier Millionen Nordrhein-Westfalen die CDU gewählt, auch bei der Kommunal- und Europawahl 2014 habe die Mehrheit ihr Kreuz bei der CDU gemacht. „Wenn

die das auch bei der Landtagswahl im Mai 2017 tun, ist diese Landtagswahl gewonnen.“

Rot-Grün schadet unserem Land

Die erst durch richterliche Anordnung erfolgte Neuauszählung eines Briefwahlbezirks in Köln nannte Laschet „eine ganze Kette sozialdemokratischer Verfilzungen“. Es könne nicht angehen, dass die Wähler ein Jahr lang nicht ernst genommen würden, und weder der Stadtdirektor, noch die Regierungspräsidentin, auch nicht der Innenminister und erst recht nicht die Ministerpräsidentin es für nötig erachtet hätten, eine Nachzählung zu fordern: „Da müssen erst Gerichte kommen, so etwas zu unterbinden.“ Auch ein Innenminister, der nach den Ausschreitungen von HOGESA in Köln behauptete, das Polizeikonzept sei voll aufgegangen, trage nicht zu einem positiven Bild von Nordrhein-Westfalen bei. „Wir sind doch kein Entwicklungsland“, ärgerte sich Laschet über die Tatsache, dass aufgrund maroder Brücken die Ministerpräsidentin mit ihrer gepanzerten Limousine Umwege in Kauf nehmen müsse. Laschet: „Die rot-grüne Landesregierung versteht nicht, dass Verkehrspolitik auch Wirtschaftspolitik ist und es hier um Arbeitsplätze geht!“ Für die CDU sei klar, dass Nordrhein-Westfalen unter Wert regiert werde: „Wir wollen, dass unser Land wieder zu einer neuen Blüte kommt!“

Generalsekretär stolz auf Grundsatzprogramm und -prozess

In seinem Bericht stellte Generalsekretär Bodo Löttgen die Leistungen rund um den Grundsatzprogrammprozess in den Mittelpunkt. Er bedankte sich bei über 3.000 CDU-Mitgliedern, die durch Beiträge, Teilnahme an Veranstaltungen und lebendige Diskussion am Grundsatzprogramm mitgearbeitet hatten. Auch erwähnte er die über 3.000 Arbeitsstunden, 9.000 zurückgelegten Kilometer und mindestens 450 Kannen Kaffee, die „der Motor Armin Laschet und der Katalysator, das Team der CDU-Landesgeschäftsstelle“, in diesen Prozess investiert hatten. Das Ergebnis könne sich sehen lassen, so Löttgen: „Wir stellen unsere

Grundsätze in den Mittelpunkt unserer Veranstaltung. Für uns zählt das Erreichte, für Rot-Grün dagegen das Erzählte. Auf diesen Unterschied können wir stolz sein.“

Biedenkopf zu Gast auf dem Parteitag

Ehregast des Parteitags war Kurt Biedenkopf, der erste Vorsitzende des vereinigten Landesverbands aus CDU Westfalen-Lippe und CDU Rheinland. Er sprach ein großes Lob aus für die Arbeit seit der Fusion 1986: „Ich stelle fest: Der Bindestrich zwischen Rheinland und Westfalen ist verschwunden.“ Auch der Grund-

satzprogrammprozess habe einen Anteil daran gehabt, dass der Landesverband zusammengewachsen sei. Zwei Themen lagen Biedenkopf in seiner Rede besonders am Herzen: Wer von „Vater Staat“ rede, sehe sich in der Rolle eines Kindes, das bevormundet werden wolle. Wie das Grundsatzprogramm deutlich mache, setze die CDU Nordrhein-Westfalen statt auf einen starken Staat auf bürgerschaftliches Engagement. Zudem sei eine gute Bildung wichtig für die Zukunft des Landes und der Gesellschaft. „Wir müssen dafür sorgen, dass die jungen Leute alle eine gute Ausbildung bekommen.“ Nur so könnten sie die Gesellschaft tragen.



Unsere Grundsätze – Was sagt unser Grundsatzprogramm...

...ZU UNSEREM MENSCHENBILD

Ausgangs- und Orientierungspunkt unserer Politik ist das christliche Menschenbild. Es basiert auf den Traditionen christlich-abendländischer Kultur mit ihren Wurzeln in Judentum, Christentum und Aufklärung.

...ZU FAMILIE

Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft. Ohne Familien hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Wir sehen in der grundgesetzlich geschützten Ehe zwischen Mann und Frau die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie.

...ZUR EHE

Die Ehe zwischen Mann und Frau bleibt unser Leitbild. Wir respektieren aber alle anderen Formen familiären und partnerschaftlichen Zusammenlebens und unterstützen all jene, die füreinander eintreten und gegenseitig Verantwortung übernehmen.

...ZU INKLUSION

Kinder mit Behinderung sollen neben dem Rechtsanspruch auf inklusiven Unterricht in Regelschulen einen Rechtsanspruch auf Beschulung in einer Förderschule erhalten.

...ZUM THEMA ARBEIT

Gute Arbeit für alle – diesem Ziel fühlen wir uns verpflichtet. Unsere Maxime lautet: Leistung muss sich lohnen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Wir bekennen uns zu Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie, betrieblicher Mitbestimmung und zum gesetzlichen Mindestlohn.

...ZUM THEMA FINANZEN

Für uns hat eine solide Haushalts- und Finanzpolitik höchste Priorität. Unsere Finanzpolitik orientiert sich strikt am Prinzip der Nachhaltigkeit.

...ZUR LANDWIRTSCHAFT

Land- und Forstwirte haben die wichtige Aufgabe, die Schöpfung zu pflegen und zu bewahren. Konventionelle Landwirtschaft ist mit dem Wohl von Nutztieren vereinbar. Wir lehnen unverhältnismäßige, fachlich unbegründete und ausschließlich ideologisch hergeleitete Eingriffe in die Arbeitsweise unserer Landwirte ab.

...ZU ENERGIE

Wir bekennen uns ausdrücklich zur in Deutschland eingeleiteten Energiewende. Damit das Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichertechniken unseren Energiebedarf sichert, benötigen wir auch weiterhin moderne Kohle- und Gaskraftwerke.

...ZU EUROPA

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Europapartei im Land. Für uns ist der Europäische Einigungsprozess Herzenssache. Europa muss zusammengewachsen, weil es zusammen gehört.

...ZUM ISLAM

Muslime sind ein Teil unserer Gesellschaft.

...ZUM RELIGIONSUNTERRICHT

Bekenntnisorientierter Religionsunterricht muss Bestandteil aller Schulen bleiben. Wir wollen auch islamischen Religionsunterricht. Er soll im öffentlichen Raum, unter deutscher Schulaufsicht und in deutscher Sprache stattfinden.

...ZU ZUWANDERUNG

Menschen aus anderen Ländern und Kulturen sind uns willkommen. Zugewanderte müssen aber auch zur Integration bereit sein und die deutsche Sprache lernen.

...ZUR FREIHEIT

Freiheit ist für uns das oberste Prinzip. Freiheit ist immer Freiheit in Verantwortung. Verantwortung für sich selbst und seinen Nächsten, für die Gemeinschaft, die Schöpfung und für nachfolgende Generationen.

Abschlusskongress im März in Rheda-Wiedenbrück

Starke Basis. Starke Union. Gemeinsam für einen neuen Aufbruch!

Foto: Rochlitzer

„Das Grundsatzprogramm wird Ideen für die Richtung der CDU in Nordrhein-Westfalen entwickeln. Deswegen ist es uns ein besonderes Anliegen, alle Parteiebenen auf diesem Weg mitzunehmen. Es ist uns wichtig, dass unser Programm am Ende das Meinungsbild der gesamten Partei abbildet“, sagte der Landesvorsitzende Armin Laschet zu Beginn des Abschlusskongresses am 14. März 2015 in Rheda-Wiedenbrück. Der Kongress schloss die Klammer zum Reformkongress in Köln, mit dem der Landesverband am 13. April 2013 die Grundsatzdiskussion eröffnet hatte.

Über zwei Jahre haben die Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen sich Zeit genommen, ihr erstes Grundsatzprogramm zu erarbeiten. „Was macht die CDU Nordrhein-Westfalen eigentlich aus?“ Mit dieser einfachen Frage, die Laschet in Rheda-Wiedenbrück auch stellte, haben sich seit der Landtagswahl 2012 viele Menschen innerhalb der Partei und auch darüber hinaus beschäftigt. Wofür steht die CDU zwischen Rhein und Weser, was sind ihre Grundwerte und Überzeugungen, an welchen Prinzipien orientiert sich ihre Arbeit? Die Antworten finden sich im „Nordrhein-Westfalen-Programm“, dem politischen Angebot der NRW-CDU für alle Bürger und alle Teile des Landes.

Insgesamt haben 3.000 Mitglieder und Mandatsträger der CDU Nordrhein-Westfalen, aber auch Menschen aus dem öffentlichen Leben, aus Kirchen und Verbänden auf unterschiedliche Art und Weise zur Entwicklung des Grundsatzprogramms beigetragen – Ausdruck einer starken und lebendigen Partei. Auf dieser Grundlage entstand der erste Gesamtentwurf, den Armin

Laschet zu Beginn des Jahres vorlegte. Auf dem Abschlusskongress am 14. März 2015 diskutierten über 160 Teilnehmer den Entwurf in sechs Foren intensiv und schlugen konkrete Änderungen vor. Hervorgehoben wurde beispielsweise das „C“ als kulturelles Selbstverständnis der CDU, das für alle Politikbereiche von großer Relevanz ist und die CDU fundamental von politischen Mitbewerbern unterscheidet. Im Forum zum demografischen Wandel wurde betont, dass die Ehe, gerade auch im Hinblick auf die Familie, das Leitbild der CDU bleibt. Im Forum zur Wirtschaftspolitik waren sich die Teilnehmer einig, dass das Profil als Partei der Sozialen Marktwirtschaft und der größten Wirtschaftskompetenz gestärkt werden müsse. Wichtiges Thema war auch der Bereich der Inneren Sicherheit. Wenn die Menschen sich nicht mehr sicher fühlten, gehe Lebensqualität verloren, waren sich die Diskutanten schnell einig und forderten daher eine bessere materielle wie personelle Ausstattung der Polizei. Als Zukunftsthemen wurden auch Energie- und Umweltpolitik diskutiert. Dabei stand fest, dass Nordrhein-Westfalen auch in Zeiten der Energiewende ein wettbewerbsfähiges Energie- und Industrieland bleiben soll. Auch dürften Ökologie und Ökonomie nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssten zusammen gedacht werden.

„Die Christdemokraten könnten in Nordrhein-Westfalen nur dann erfolgreich sein, wenn Sachentscheidungen aus Grundsätzen erklärt werden können“, sagte Armin Laschet abschließend. „Mit diesem Programm im Rücken“, so Laschet weiter, „können wir mutig und offensiv in die anstehenden Herausforderungen gehen.“ ■



Das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung ist ein wichtiger Weg zu einer gerechteren Gesellschaft. Aber nicht alles, wo „Inklusion“ drauf steht, führt automatisch zu diesem Ziel.

INKLUSION

Wem es hilft, bleibt fraglich

Gesetz zur Stärkung der sozialen Inklusion“. So lautet der Titel eines Gesetzesentwurfes der rot-grünen Landesregierung, auf den Menschen mit Beeinträchtigungen lange haben warten müssen. Nordrhein-westfälische Gesetze, die nicht die Vorgaben der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen erfüllen, sollten überarbeitet und den Anforderungen entsprechend neu ausgerichtet werden.

In vielen verschiedenen Fragen hatten Fachleute die bestehenden Regelungen überprüft und Nachbesserungen von Seiten des Landes eingefordert. So zum Beispiel bei der Barrierefreiheit. Doch zur Enttäuschung der Betroffenen hat die Landesregierung dieses Thema gar nicht erst berücksichtigt. Auch das wichtige Thema der Un-

terstützung von gehörlosen Eltern wurde bisher völlig außer Acht gelassen. Ein Antrag der CDU-Landtagsfraktion hatte die Landesregierung bereits 2012 aufgefordert, kurzfristig Abhilfe zu schaffen. Sie zeigte jedoch keinerlei Bereitschaft, auch nur übergangsweise zu helfen. Ob die neuen Regelungen die Eltern tatsächlich umfassend stärken, bleibt fraglich. Im Zweifel müssen sie ihre Rechte wieder vor Gericht erstreiten.

Das Gesetz zeigt leider einmal mehr, dass guter Wille alleine nicht reicht, um ein vernünftiges Gesetz auf den Weg zu bringen. Da es vielen tatsächlichen Anforderungen nicht gerecht wird, bleibt es auf der Grundlage dieses rot-grünen Gesetzesentwurfes fraglich, wen das Inklusionsstärkungsgesetz letztlich stärken wird.

LANDTAG aktuell:

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.



Peter Preuß,
sozialpolitischer
Sprecher der CDU-
Landtagsfraktion

LASCHET AUF USA-REISE

Freihandel, Digitalisierung und jüdisches Leben

In der ersten Maihälfte bereiste der Fraktionsvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, neun Tage lang die Vereinigten Staaten. Stationen waren Washington D.C., Kentucky, Kalifornien und New York City. Bei über 40 Terminen kam Laschet mit Politikern, Unternehmern und Kulturschaffenden zusammen. Im Mittelpunkt der zahlreichen Gespräche und Unternehmensbesuche standen die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Nordrhein-Westfalen und den USA, die Herausforderungen der Digitalisierung, die Debatte um das transatlantische Handelsabkommen sowie die Situation der jüdischen Gemeinden in den USA und in Europa.

Rechte der Kommunen und der Kultur gesichert

In Washington D.C. traf Laschet den TTIP-Chefunterhändler der US-Regierung, Dan Mullaney, zu einem ausführlichen Gespräch. Laschet sprach Mullaney auf einige Kritikpunkte an dem Abkommen an, die zurzeit in Deutschland diskutiert werden. Mullaney versicherte, dass Bereiche wie die kommunale Daseinsvorsorge, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die öffentliche Kulturförderung oder die Buchpreisbindung kein Teil des Abkommens sein werden. Dazu Laschet: „Das sind gute Nachrichten für die nordrhein-westfälischen Kommunen. Die Grundversorgung mit öffentlichen Gütern wie Wasser und Wärme kann somit auch in Zukunft alleinverantwortlich von den Kommunen organisiert werden und steht nicht zur Debatte.“

Dass ein erfolgreicher Abschluss des Handelsabkommens für die deutsche Wirtschaft von großem Vorteil sein würde, zeigten nicht zuletzt die Unternehmensbesuche in Kentucky. Im Mittelpunkt stand hierbei die US-Dependance des Automobilzulieferers Mubea, einem traditionsreichen Familienunternehmen aus dem südwestfälischen Attendorn. Hier wur-



Im Gespräch mit Studenten der Stanford University.

de deutlich, wie sehr gerade exportabhängige und global vernetzte Zulieferunternehmen von der Abschaffung nicht-tarifärer Barrieren wie unterschiedlichen Zulassungsnormen für Autoteile profitieren würden. Denn die durch das Handelsabkommen freiwerdenden Mittel können zusätzlich in Forschung und Entwicklung investiert werden, was den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen langfristig stärken wird. Laschet verwies aber auch auf die strategische Bedeutung des Abkommens für die Europäische Union: „Das Handelsabkommen ist eine historische Chance für Europa und damit auch für Deutschland, die Standards der Globalisierung mitzubestimmen – beim Arbeitsschutz, beim Umweltschutz und bei anderen Sicherheitsfragen. Diese Chance müssen wir nutzen.“

Nordrhein-Westfalen braucht neue Gründerkultur

Im kalifornischen Silicon Valley traf sich Laschet zu politischen Hintergrundgesprächen mit Vertretern von Unternehmen wie Facebook und AirBnB und besuchte deutsche Start Up-Agenturen sowie den Risiko-Kapital-Fonds der Telekom T-Venture. Auch ein Treffen an der Stanford University mit Studenten aus Deutschland und aller Welt gehörte zum Programm. Im Anschluss

an die dreitägige Reise durch das „Valley“ erklärte Laschet: „Hier kann man wie unter dem Brennglas erleben, was gelungene Wirtschaftsförderung ausmacht. Zukunftsgewandte Gründerkultur aus den Universitäten trifft hier auf dynamische Unternehmen und umfassende Finanzierung durch risikobereite Kapitalgeber. Das ist auch ein Modell für die renommierten Universitäten und etablierten Unternehmen bei uns in Nordrhein-Westfalen. Für ein gründerfreundliches Umfeld brauchen wir jedoch, neben einer soliden digitalen Infrastruktur, Freiheit für unsere Hochschulen und die Förderung privater Finanzierungsmodelle für Start Ups. Zu all dem haben wir als CDU konkrete Vorschläge in den Landtag eingebracht.“

Die Digitalisierung müsse aber, so Laschet, zu einer Erfolgsgeschichte für die ganze Gesellschaft gemacht werden. Dafür sei auch eine Diskussion über ihre kritischen Punkte unabdingbar. Bei seinem Besuch in der Facebook-Zentrale hatte Laschet daher klar gemacht, dass Datenschutz und Datensicherheit zu den unveräußerlichen Rechten jedes Bürgers gehören. Laschet besuchte in Kalifornien zudem das Unternehmen Tesla, das sich als Hersteller von Elektroautos und Energiespeichern einen Namen gemacht hat.

Erfolgreiche Freundschaft

Gespräche mit Vertretern jüdischer Institutionen in New York City schlossen die USA-Reise ab. Vor dem Hintergrund des 50-jährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem



Freundschaftliches Treffen: Armin Laschet im Gespräch mit Israels UN-Botschafter Ron Prosor.



An der Gästewand bei Facebook: Datenschutz als „unveräußerliches Recht“.

Staat Israel kam Laschet unter anderem mit dem israelischen Botschafter bei den Vereinten Nationen, Ron Prosor und dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Ron Lauder zusammen. Auch besuchte er auf Einladung der Direktorin Carol Strauss das renommierte Leo Baeck-Institut. Laschet hielt nach den Gesprächen fest: „Die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel ist eine diplomatische Erfolgsgeschichte und ein großes politisches Kapital, das wir nun in eine nachhaltige Friedensordnung für den Nahen Osten investieren müssen – das ist im Interesse Israels, seiner Nachbarn sowie Deutschlands und seiner europäischen Partner.“ Auch das Thema Antisemitismus stand auf der Gesprächsliste. „Wir müssen den Kampf gegen Antisemitismus auf allen politischen Ebenen führen. Jüdisches Leben muss in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen ohne Furcht und ohne Einschränkung in freier Entfaltung möglich sein. Dafür müssen wir uns über die Parteigrenzen hinweg einsetzen“, so Laschet.

DIGITALISIERUNG UND WISSENSCHAFT

Rot-Grün ist politisch offline



Stefan Berger,
wissenschafts-
politischer Sprecher
der CDU-Land-
tagsfraktion



#ANSAGE:

Die Sprecherinnen und Sprecher der CDU-Landtagsfraktion stellen sich regelmäßig dem Videointerview auf dem Youtube-Kanal (CDUFraktionNRW).



Für immer mehr Wissenschaftler spielt die digitale Vernetzung im Arbeitsalltag eine zentrale Rolle. Ob bei der Bereitstellung und Suche von Forschungsergebnissen oder auch bei Kontakten mit anderen Wissenschaftlern – überall kommt digitalen Prozessen und Verfahren eine immer größere Bedeutung zu. Schon heute ist es für Studenten beispielsweise möglich, Vorlesungen und Seminare als reinen Onlinekurs zu besuchen – ohne selbst vor Ort sein zu müssen. Wissen und Ideen können so besser und schneller über räumliche Grenzen hinweg transportiert und verbreitet werden.

Leider ist das in Nordrhein-Westfalen an vielen Stellen noch völliges Wunschdenken. Rot-Grün ist auf dem Gebiet der Digitalisierung weiterhin „politisch offline“. Es fehlt an einer Strategie, um Anspruch und Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen zusammenzuführen. Sichtbarstes Zeichen für das Hinterhinken der Landesregierung ist der Landeshochschulentwicklungsplan (LHEP), der im Landtag von Rot-Grün beschlossen wurde. Das Wort „Digitalisierung“ wird darin nicht einmal erwähnt, obwohl hier die landesweite strategische Aufstellung der Hochschulen für die kommenden Jahre festlegt wird.

Stefan Berger, der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, kann das Herumlavieren der Landesregierung nicht nachvollziehen: „Rot-Grün muss sich endlich zu einer stärkeren Förderung der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen bekennen. Nur mit einer angemessenen Ausstattung, die den Anforderungen der Digitalisierung genügt, wird unser Hoch-

schulstandort attraktiv bleiben. Während andere Bundesländer mutig vorangehen, schafft die Landesregierung die Hochschulfreiheit faktisch ab und verschläft dabei die Digitalisierung.“ Es brauche endlich eine digitale Strategie, die sich in den Planungsgrundsätzen des LHEP wieder spiegeln müsse.

Die CDU-Landtagsfraktion hat mit mehreren Anträgen Impulse geliefert, dass Nordrhein-Westfalen endlich wieder an die Spitze gelangt. So ist für die CDU klar, dass in Zukunft der digitale Fortschritt beim Lernen immer mehr Raum einnehmen wird. Das gelingt nur mit einer modernen Ausstattung und mehr Anreizen für die Lehrenden, sich hier fortzubilden und einzubringen.

Ohne ein koordinierendes Zentrum, das beispielsweise die IT-Kompetenzen vernetzt, Aus- und Weiterbildung entwickelt und eine digitale Plattform für die Vorstellung und Diskussion von Forschungsergebnissen bereitstellt, wird Nordrhein-Westfalen immer weiter abgehängt.

**Landesregierung
verschläft die
Digitalisierung**



Schwierigkeiten mit der Digitalisierung: Rot-Grün verspielt Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen.

HANDWERK

„Den Entwicklungen anpassen“

In der neu eingerichteten Enquete-Kommission „Handwerk“ diskutiert der Landtag über die Chancen und Herausforderungen für das Handwerk in Nordrhein-Westfalen. Die CDU konnte Andreas Ehlert als Sachverständigen gewinnen. Er ist der Präsident des nordrhein-westfälischen Handwerks.

Was erwarten Sie sich von der Arbeit in der Kommission?

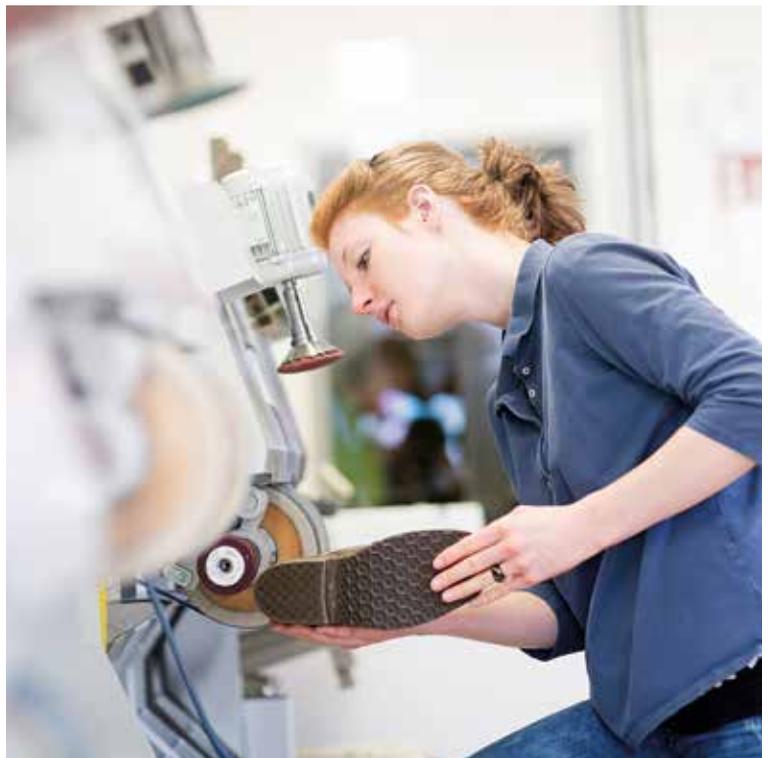
Für mich ist es eine große Ehre, dass die CDU-Fraktion an mich als Sachverständigen gedacht hat. Als Sachverständige haben wir eine dienende Funktion, denn die Enquete-Kommission ist eine Kommission des Landtags. Ich erwarte, dass uns als nordrhein-westfälischem Handwerk aus dem Kreis der Abgeordneten in der Kommission auch kritische Fragen gestellt werden. Es kann uns nur gut tun, wenn uns gewissermaßen der Spiegel vorgehalten wird.

Vor welchen Herausforderungen steht denn das Handwerk in unserem Land?

Die Enquete-Kommission kommt gerade zum richtigen Zeitpunkt. Denn wirtschaftlich geht es dem Handwerk seit einigen Jahren gut. Solche Zeiten bringen aber auch die Gefahr mit sich, dass längerfristig wirksame Verwerfungen unter der Oberfläche bleiben. Wir haben nun die Chance, unbelastet von Tages-Aktualitäten genauer hinzuschauen. Probleme gibt es bei uns – wie überall – genug: Transformationsprozesse, Wissenstransfer, Erneuerung des Unternehmerbestands, Stärkung der Position der beruflichen Bildung im Wettbewerb um Talente, Integration von Zuwanderern, mehr Frauen insbesondere in leitenden Funktionen.

Was muss die Politik aus Sicht des Handwerks besser machen?

Ich erwarte mir als Ergebnis der Enquete kein „Wünsch dir was“ an Landtag und Landesregierung. Das ist nicht unsere Art. Die Arbeitsfelder kann das Handwerk nur selber beackern. Die Landespolitik kann aber in begründeten Fällen helfend unterstützen. Zum Beispiel bei unserer Selbsthilfe-Einrichtung, die sich um den Wissenstransfer im Handwerk bemüht. Sie ist durch EU-Vorgaben unter Druck geraten. Hier wäre es Sache der Landesregierung, bei der Lö-



sung dieses Problems zu Ergebnissen zu kommen, bevor unsere Transfer-Einrichtung dauerhaft Schaden nimmt.

Alle Welt redet von Industrie 4.0. Ist die fortschreitende Automatisierung und Technisierung eine Gefahr für das Handwerk?

Es ist gut, dass der Landtag mit der Enquete-Kommission jetzt auch das „Handwerk 4.0“ auf die Tagesordnung setzt. Wir müssen uns den Entwicklungen anpassen, wie schon oft in unserer Geschichte. Aus der Elektrifizierung heraus sind die elektrotechnischen Handwerke entstanden, um nur dieses Beispiel zu nennen. Gerade in der intelligenten Mess-, Steuer- und Regeltechnik sind viele hoch-innovative Handwerksbetriebe unterwegs. Darauf wollen wir aufbauen.



Andreas Ehlert,
Präsident des
nordrhein-westfälischen
Handwerks

Unter dem Brennglas

Demokratie braucht starke Institutionen und transparente Verfahren. In Sonntagsreden beschwören die Regierungskoalitionen ihre „Koalition der Einladung“. Viele Ereignisse der vergangenen Monate zeigen, wie Rot-Grün mit den anderen Fraktionen im Landtag und mit den Gepflogenheiten des Parlaments insgesamt umgeht. Drei Beispiele:

Brauereibesuch statt Finanzpolitik

Ein Finanzminister sollte sich um die Finanzsituation seines Landes kümmern? Wer das für selbstverständlich hält, kennt Finanzminister Walter-Borjans nicht. Bei einer Ausschuss-Sondersitzung im März 2015 sollte das Nachtrags Haushaltsgesetz 2015 diskutiert werden. Eigentlich ein Pflichttermin für einen Finanzminister. Doch schon vor der Sitzung lässt sich Minister Walter-Borjans wegen eines „längerfristig bestehenden Termins“ entschuldigen. Erst durch die Medien wird einen Tag später bekannt, dass es sich bei dem „längerfristigen Termin“ offenbar um die Eröffnung einer Kölner Brauerei handelte. Auf Bildern ist der Finanzminister in bester „Kölsch-Laune“ zu sehen. Was nicht zu sehen ist: Zur gleichen Zeit sitzen die Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag und machen die Arbeit des Finanzministers. Dessen Erklärungsversuche im Nachhinein werfen eher noch mehr Fragen auf.

Selfie-Posse mit Minister Rimmel

Selfies sind mit dem Smartphone aufgenommene Selbstportraits. So ein „witziges“ Selfie wollte man wohl auch bei den nordrhein-westfälischen Grünen machen. Nach der Verabschiedung des umstrittenen rot-grünen Jagdgesetzes, bei der die Regierungskoalition die Interessen der Jägerinnen und Jäger mit Füßen getreten hat, trafen sich Grünen-Politiker im Landtag zu einem Umtrunk. Auf dem Selfie, das später im Internet kursierte, sind Umweltminister Rimmel und weitere Grüne zu sehen. Mit einem Lächeln im Gesicht halten sie kleine Jägermeister-Fläschchen in die Kamera. Nach den unwürdigen Debatten und Trickereien durch die Landesregierung beim Landesjagdgesetz ist dieses Bild der traurige Höhepunkt einer ideologischen Kampagne. Es zeigt in aller Deutlichkeit, wie die Grünen auf die Jägerinnen und Jäger in unserem Land hinabschauen. Es ist ein Symbol der

Arroganz der Macht. Nachdem die Bilder über die sozialen Medien öffentlich bekannt wurden und auf Unverständnis und Kritik stießen, wurde wohl auch den Grünen klar, dass dieser Umgang mit dem Bürger alles andere als gutmenschlich ist. Also musste eine Ausrede her: Angeblich sollte nur auf den Geburtstag des Fraktionsvorsitzenden angestoßen werden. So so...

Zweifelhafte Personalrochade bei der SPD: Feingespür eines Elefanten

Gute Personalentscheidungen sind nicht die Sache des SPD-Fraktionsvorsitzenden Norbert Römer. Nadja Lüders (SPD), die damalige Ausschussvorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, hatte diesen Posten vom Fraktionschef erhalten, obwohl sie zu Beginn ihrer Karriere als Juristin einen Mann arbeitsrechtlich vertreten hat, der später als Polizistenmörder und Neonazi bekannt geworden und Teil der Untersuchungen ihres Ausschusses ist. Erst nach Medienberichten trat Lüders zurück – mit dem Hinweis, dass ihre Vorbelastung dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Römer von Anfang an bekannt gewesen sei. Dieser hatte es jedoch nicht für nötig erachtet, darüber die anderen Fraktionsvorsitzenden zu informieren – eine echte Hypothek für das überparteiliche Vertrauen, das mit Blick auf das sensible Thema des Untersuchungsausschusses die Arbeitsatmosphäre prägen sollte. Doch der SPD-Mann leistete sich gleich zwei weitere zweifelhafte Personalentscheidungen: Sven Wolf, der bis dato den Vorsitz im BLB-Untersuchungsausschuss inne hatte und sich dort eine große Expertise erarbeitet hatte, wurde abgezogen und neuer Vorsitzender im NSU-Ausschuss. Und wer folgte auf Sven Wolf im BLB-Ausschuss? Nadja Lüders, die weniger als einen Monat vorher noch ihren Posten räumen musste. Ein unrühmliches sozialdemokratisches Postengeschacher ...

ENERGIEPOLITIK

Braunkohle: Rückgrat des Industriestandorts

Im März wurden die Pläne des SPD-Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel bekannt, ältere Kohlekraftwerke zukünftig mit einer Sondersteuer belasten zu wollen. Ziel der Straf-abgabe sollte eine Drosselung des Ausstoßes von Treibhausgasen sein. Vor allem die Braunkohlekraftwerke hätte dies besonders getroffen, ohne dass ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet würde. Stattdessen würden zehntausende Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft und der stromintensiven Grundstoffindustrie gefährdet.

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich daher gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten von Anfang an gegen das Konzept engagiert. Der Fraktionsvorsitzende Armin Laschet verfasste noch am Tag der Veröffentlichung der Gabriel-Pläne einen Brief an den Bundeswirtschaftsminister und erinnerte daran, dass die Braunkohle-Verstromung das Rückgrat des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen bildet. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit für das gesamte Bundesgebiet. Die Braunkohle dürfe daher nicht aufgegeben werden, da sie der einzige grundlastfähige, importunabhängige und subventionsfreie deutsche Energieträger sei.

Kurz nachdem die CDU-Fraktion einen Antrag gegen die Sonderabgabe in den Landtag eingebracht hatte, fassten die Abgeordneten der CDU

Nordrhein-Westfalen aus dem Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag und dem Landtag einen gemeinsamen Beschluss, der die Kohleabgabe kategorisch ablehnt. Die Wirtschaft ist auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben.

In einem Brief Ende Mai schlug der CDU-Fraktionsvorsitzende Laschet dem Bundeswirtschaftsminister schließlich konkrete Alternativen vor, die einen wirksamen Klimaschutz gewährleisten, ohne dabei die wirtschaftliche Existenz zehntausender Familien zu gefährden. Mit einem Festhalten am ursprünglichen Ausbauziel von 25 Prozent für den Stromanteil der Kraft-Wärme-Kopplung und der Einführung von Steuerergünstigungen für Gebäudedämmungen und den Einbau neuer Heizungsanlagen können die Klimaziele ebenso erreicht werden.

Die CDU-Landtagsfraktion wird auch weiterhin politische Instrumente ablehnen, die bestimmte Energieträger künstlich aus dem Strommarkt verdrängen wollen. Deutschland und Nordrhein-Westfalen brauchen eine technologieoffene und wirtschaftlich verantwortungsvolle Energiepolitik. Die Braunkohle wird daher auch mittelfristig ein wichtiger Bestandteil unseres Energiemixes sein.



Thomas Kufen,
energiepolitischer
Sprecher der CDU-
Landtagsfraktion



INNENPOLITIK

Kriminalitätsstatistik ist kein Naturgesetz



Theo Kruse,
innenpolitischer
Sprecher der CDU-
Landtagsfraktion



Werner Lohn,
CDU-Polizei-
experte im Innen-
ausschuss



Gregor Golland,
Innenexperte der
CDU-Landtags-
fraktion

Im Krimi geht es meistens gut aus. Der Verbrecher wird gejagt und mit dem Ende der Folge ist auch der Bösewicht hinter Gittern. In der Realität ist das aber leider anders. Die erschreckende Zahl: Auch im Jahr 2014 wurde in Nordrhein-Westfalen weniger als jede zweite Straftat aufgeklärt. Unter den bundesdeutschen Flächenländern belegt unser Land damit erneut den letzten Tabellenplatz. Das schlechte Abschneiden bei der Kriminalitätsbekämpfung ist jedoch kein Naturgesetz. Es ist das Ergebnis einer über Jahrzehnte hinweg verfehlten Ausrichtung der Polizei durch SPD-geführte Landesregierungen.

Derzeit werden angehende Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen nach einem dreijährigen Bachelor-Studium – in dem sie lediglich ein sechswöchiges Praktikum bei der Kriminalpolizei absolvieren – zunächst im Wachdienst und in den Hundertschaften eingesetzt. Erst danach können sie sich überhaupt für einen Wechsel zur Kripo bewerben. In der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung angekommen, sehen sie sich dann mit einer Vielzahl unterschiedlichster und anspruchsvoller kriminalpolizeilicher Ermittlungsvorgänge konfrontiert, die sie mit dem bis dato erworbenen Wissen nicht qualifiziert bearbeiten können.

Die CDU-Landtagsfraktion hält diese Form der Polizeiausbildung – nicht nur wegen der dürftigen Aufklärungsergebnisse – für überholt. Eine inhaltsgleiche Ausbildung zu überall einsetzbaren Generalisten, denen im Rahmen eines dreijährigen Studiums ausschließlich Inhalte vermittelt werden, die für alle polizeilichen Kernaufgabenfelder

relevant sind, ist darüber hinaus nicht ressourcengerecht.

Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin und Hessen bieten im Rahmen ihrer Polizeiausbildung stattdessen Schwerpunktstudiengänge an. Dabei wird allen Anwärtern im Rahmen eines gemeinsamen Grundstudiums zunächst allgemeines polizeiliches Basiswissen vermittelt. Im anschließenden Hauptstudium können die angehenden Polizisten dann entweder den Schwerpunktstudiengang „Schutzpolizei“ oder den Schwerpunktstudiengang „Kriminalpolizei“ belegen. So werden die Studierenden frühzeitig nach den Anforderungen der Praxis ausgebildet und können dort nach dem Ende ihrer Ausbildung sofort Fuß fassen.

Damit Nordrhein-Westfalen bei der Kriminalitätsbekämpfung nicht zunehmend den Anschluss an andere Bundesländer verliert, ist es an der Zeit, dieses Ausbildungsmodell zu übernehmen. Diesen Vorschlag haben wir mit einem Antrag (Drucksache 16/8124) in den Landtag eingebracht, der zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überwiesen wurde.



Aufklärungsquote gering: Die Handschellen in Nordrhein-Westfalen klicken immer seltener.

VERKEHR

Infrastruktur neu denken

Ob Bröckelbrücken oder Schlaglochpisten – um die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist es schlecht bestellt. Den großen Sanierungs- und Ausbaubedarf der Bundesfernstraßen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen können wir nicht mit Methoden von gestern bewältigen. Das gilt sowohl für Planungsprozesse, als auch für die Finanzierungsmodelle. Das heißt, es muss wesentlich schneller geplant werden und es muss wesentlich mehr Geld fließen. Oder anders: Wir müssen Infrastruktur neu denken.

Die bisherige Bund-Länder-Zuständigkeit beim Bau und Betrieb der Fernstraßen ist nicht effizient genug – das zeigt das Beispiel Nordrhein-Westfalen deutlich. Die Bundesregierung hat das erkannt und angekündigt, die deutsche Verkehrsfinanzierung und -planung durch die Gründung einer weitgehend unabhängigen Infrastrukturgesellschaft neu zu gestalten. Diese Gesellschaft hat einen großen Vorteil: Sie kann private Finanzierungen in Anspruch nehmen.

Die rot-grüne Landesregierung muss nun endlich handeln und ein tragfähiges Konzept vorgelegen, wie der Landesbetrieb Straßenbau im Rahmen der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft umgestaltet werden muss. Der Anfang des Jahres vorgestellte Entwurf ist eine Luftnummer und wird den künftigen Herausforderungen nicht gerecht. Die geplanten Änderungen widersprechen dem Prinzip der Verschlankeung und führen zu mehr und nicht zu weniger Bürokratie. Die CDU-Landtagsfraktion hat mit ihrem Infrastruktur-Antrag (Drucksache 16/8643) hingegen ein fundiertes Konzept vorgelegt und wieder einmal die Arbeit der Landesregierung gemacht.

Denn auch auf die immense Finanzierungsproblematik beim Straßenbau hat Rot-Grün keine Antwort. Der Bund hat in der laufenden Wahlperiode 5 Milliarden Euro zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt, bei gleichzeitiger Konsolidierung des Haushalts.



Der Stau rund um die bröckelnde Leverkusener Rheinbrücke ist zum Sinnbild für die schlechte Situation der Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen geworden.

Zwischen 2016 und 2018 sind weitere 3 Milliarden Euro für den Verkehrsbereich vorgesehen. Aber auch das wird nicht reichen. Um die Sanierung und den Ausbau des Bundesfernstraßennetzes voranzutreiben, müssen noch einmal zusätzliche Mittel generiert werden. Die rot-grüne Landesregierung muss zum Ausbau der Bundesfernstraßen endlich Öffentlich-Private Partnerschaften vorantreiben und künftige Finanzierungsangebote der Bundesregierung umfassend implementieren. Aus ideologischen Gründen hat sie bereits über 500 Millionen Euro vom Bund für den Ausbau der Bundesfernstraßen in Nordrhein-Westfalen abgelehnt. Das ist angesichts der kritischen Gesamtsituation unverantwortlich.



Klaus Voussem,
verkehrspolitischer
Sprecher der CDU-
Landtagsfraktion



André Kuper,
stellvertretender
Fraktionsvor-
sitzender

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Unterstützung statt warmer Worte

Für 2015 werden bis zu 100.000 Flüchtlinge allein in Nordrhein-Westfalen erwartet. Der immense Zustrom stellt für das ganze Land eine gewaltige Herausforderung dar. Viele Kommunen sind bereits am Rande ihrer Kapazität angelangt – finanziell und organisatorisch. Damit die Städte und Gemeinden dieses Pensum überhaupt bewältigen können, ist es wichtig, dass alle staatlichen Ebenen ihrer Verantwortung nachkommen. Bund und Länder müssen sich gemeinsam den Herausforderungen der steigenden Flüchtlingszahlen stellen.

Auf dem Bund-Länder-Gipfeltreffen im Mai dieses Jahres wurden erste konkrete Vorschläge für das weitere Vorgehen besprochen. Beschlossen wurde, dass 2.000 zusätzliche Stellen beim für Asylanträge zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingerichtet werden,

um Asylanträge zügiger bearbeiten zu können. Außerdem sollen Asylverfahren effektiver gestaltet werden, sodass die betroffenen Kommunen eine möglichst starke Entlastung erhalten.

Zukünftig soll es bereits im Asylverfahren eine Differenzierung der Asylbewerber mit und ohne Bleibeperspektive geben. Diejenigen, die politisch verfolgt sind, sollen möglichst früh Integrationsleistungen empfangen können und dezentral in den Städten und Gemeinden untergebracht werden. Diejenigen aber, die keine Bleibeperspektive haben, sollen nicht mehr an die Kommunen zugewiesen werden.

Sie verbleiben bis zu einer Entscheidung im Asylverfahren in den Landesaufnahmeeinrichtungen. Das führt zu einer geringeren Belastung der Kommunen, da aktuell 50 Prozent der Asylbewerber aus Westbalkanstaaten kommen und dementsprechend keine Bleibeperspektive haben.

Damit aber das Land Nordrhein-Westfalen gewährleisten kann, dass 50 Prozent der Asylbewerber bis zur Beendigung des Asylverfahrens in Landeseinrichtungen untergebracht werden können und Asylbewerber nicht bereits nach 14 Tagen den Kommunen zugewiesen werden, muss sie die Kapazitäten in den Landesaufnahmeeinrichtungen aufstocken. Diese Kapazitäten müssen die am Asylverfahrensgesetz orientierte Verweildauer in den Einrichtungen gewährleisten können.

Die rot-grüne Landesregierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden und die Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Flüchtlingen verbessern. Die Kommunen brauchen echte Unterstützung statt warmer Worte. Die bisherige Politik des „Runden Tisches“ ist nicht genug.

**Landesregierung
muss ihrer
Verantwortung
gerecht werden**



Mehr als 450.000 Flüchtlinge werden dieses Jahr in Deutschland erwartet. Mit im Gepäck haben sie die Hoffnung auf einen Neuanfang.



Links demonstriert Minister Groschek für die Braunkohle, rechts Ministerin Löhrmann dagegen. Das alles zur gleichen Zeit.

STREITKOALITION ROT-GRÜN

Zwist, Blockaden und Fingerhakeln

Während die CDU-Fraktion jeden Monat neue Anträge zu wichtigen Zukunftsthemen Nordrhein-Westfalens in den Landtag einbringt, verliert sich die Regierung Kraft mehr und mehr in internen Streitigkeiten und politischem Fingerhakeln. Es scheint kaum mehr Bereiche zu geben, in denen die beiden Regierungsfractionen und die jeweiligen Kabinettsmitglieder nicht gegensätzliche Positionen vertreten.

Beispiel 1: Während die CDU Nordrhein-Westfalen geschlossen gegen die vom Bundeswirtschaftsminister geplante Kohlesteuer kämpfte, führte die Landesregierung einen politischen Eiertanz auf. Im April kam es in Berlin zu einer wahrlich kuriosen Szene. SPD-Landesverkehrsminister Groschek stellte sich dort an die Spitze von 15.000 Demonstranten, die gegen den Kohleausstieg protestierten. Zeitgleich, nur rund 10 Kilometer entfernt, nahm die stellvertretende Ministerpräsidentin und grüne Schulministerin Löhrmann an einer Menschenkette für den Kohleausstieg teil. Das scheint Rot-Grün unter einem klaren Regierungshandeln zu verstehen.

Beispiel 2: Bei der Ausarbeitung des Landesentwicklungsplans zeigte die Koalition ein

ebenso verheerendes Bild. Während Wirtschaftsminister Duin mit der Opposition wesentliche Änderungen am ursprünglichen Entwurf forderte, lehnte Grünen-Umweltminister Rimmel grundlegende Veränderungen kategorisch ab. Mehr noch: Rimmel diskreditierte in einem Interview die völlig berechtigte Kritik der Wirtschaft als „zu dünn“. Anstatt die Einwendungen der Verbände und Kommunen ernst zu nehmen, beschäftigte sich die Landesregierung vornehmlich mit sich selbst. Mit einem solchen Verhalten verhindert Rot-Grün wirtschaftliches Wachstum und die Entfaltung des großen unternehmerischen Potenzials in Nordrhein-Westfalen.

Ob es die Positionierung zur Kohlabgabe und der Landesentwicklungsplan sind oder auch das Tariftreue- und Vergabegesetz und der Klimaschutzplan: In wichtigen politischen Fragen, die die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Bundeslandes berühren, ist die Koalition offensichtlich gespalten. In der Regierung Kraft weiß die eine Hand nicht, was die andere macht. An eine Politik aus einem Guss, die Nordrhein-Westfalen nach vorne bringt und für Wohlstand und Arbeit sorgt, ist vor diesem Hintergrund wahrlich nicht mehr zu denken.



Werner Jostmeier, Sprecher der CDU-Fraktion im Hauptausschuss

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND ISRAEL

Eine ganz besondere Partnerschaft

Der Staat Israel ist die nach außen sichtbare Zusammenfassung der Juden aller Nationalitäten.“ Mit diesen Worten begründete Konrad Adenauer 1949 in einem Interview, warum insbesondere die gerade erst gegründete Bundesrepublik Deutschland eine einzigartige Solidarität und Partnerschaft mit Israel pflegt. Mit dem Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952 wurde der Grundstein für die politische und menschliche Annäherung zwischen beiden Staaten und ihren Völkern gelegt. Dem ersten Treffen von Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident David Ben-Gurion in New York am 14. März 1960 folgte fünf Jahre später die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

2015 erinnert die CDU-Landtagsfraktion an das 50 jährige Jubiläum des Beginns der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel. „Damit begann ein neues Kapitel der Freundschaft zwischen Deutschen und Juden“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Armin Laschet anlässlich des Jubiläums. „Bis heute ist unsere Partnerschaft von Versöhnung, Solidarität sowie durch den Einsatz für Frieden und Demokratie geprägt.“

Erst im Mai besuchte Laschet auf seiner USA-Reise verschiedene Vertreter jüdischer Institutionen, darunter auch den Präsidenten des jüdischen Weltkongresses, Ron Lauder. „Je weiter die Shoa zurück liegt, desto größer müssen unsere Bemühungen sein, die junge Generation an das millionenfache Leid jüdischer Familien unter dem Regime der Nationalsozi-



Ein geschichtsträchtiges Treffen: Konrad Adenauer und Ben-Gurion im Waldorf-Astoria Hotel in New York.

alisten zu erinnern“, sagte Laschet am Rande der Begegnung. „Aus dem gemeinsamen Gedenken soll ein besonderer Zusammenhalt erwachsen.“

Auch Nordrhein-Westfalen und seine Bürgerinnen und Bürger haben zu der engen Beziehung zwischen Deutschland und Israel wichtige Beiträge geleistet. Für Werner Jostmeier, Sprecher der CDU-Fraktion im Hauptausschuss, ist vor allem der deutsch-israelische Jugendaustausch wichtig, der 2007 unter Jürgen Rüttgers wiederbelebt wurde. „In unserem Land wird die deutsch-israelische Beziehung durch fast 50 Schulpartnerschaften, 28 Städtepartnerschaften und eine Vielzahl anderer Beziehungen von Verbänden und Einrichtungen, die sich den Austausch zum Ziel gemacht haben, mit Leben gefüllt“, so Jostmeier.

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf – **Vorsitzender:** Armin Laschet Mdl – **Parlamentarischer Geschäftsführer:** Lutz Lienenkämper Mdl – **Redaktion:** Axel Bäumler, Nils Sönksen und Christoph Weckenbrock – **Fotos:** Volker Zierhut, Heike Herbertz, dpa-picture-alliance, CDU-Bilddatenbank, privat – **Kontakt und Website:** www.cdu-nrw-fraktion.de

Aufstieg, Sicherheit, Perspektive – Das Nordrhein-Westfalen-Programm

Grundsätze der CDU Nordrhein-Westfalen

Über zwei Jahre lang hat sich der CDU-Landesverband, wie Generalsekretär Bodo Löttgen es auf seiner Rede auf dem 37. Landesparteitag in Essen ausdrückte, „mit Armin Laschet als Motor und der Landesgeschäftsstelle als Katalysator“ mit ihren Grundsätzen beschäftigt. Den Auftakt bildete der Reformkongress im April 2013 in Köln, die Schlusspunkte setzten der Abschlusskongress im März 2015 in Rheda-Wiedenbrück und der Landesparteitag in Essen im Juni, der

den Text als höchstes Beschlussgremium verabschiedete. Herausgekommen ist das erste Grundsatzprogramm des Landesverbands im 70. Jahr seines Bestehens. Wir finden, die Standortbestimmung mit dem Titel „Aufstieg, Sicherheit, Perspektive – Das Nordrhein-Westfalen-Programm“ kann sich sehen lassen. Ebenso der beachtliche Aufwand, der dahinter steckt und den wir für unsere Leser dokumentieren:

791 Tage

113 Wochen

über **650** Teilnehmer an Reform- und Abschlusskongress in Köln und Rheda-Wiedenbrück

7 Regional-
konferenzen

mit **700** Teilnehmern

104 Seiten Leitantrag

450 Kannen Kaffee

über **3.000** Personen haben sich seit Beginn des Programmprozesses an der Erarbeitung beteiligt

709 Änderungsanträge zum Leitantrag

800 Seiten an Zulieferungen zum Grundsatzprogramm

über **1.100** Minuten YouTube-Videomaterial

über **3.000** Arbeitsstunden des Teams der Landesgeschäftsstelle

über **9.000** zurückgelegte Kilometer zu Veranstaltungen in ganz Nordrhein-Westfalen



Begleitgremium Moderne Parteiarbeit

„Meine CDU 2017“

Foto: Rochlitzer

Goethe: „Wenn wir bewahren wollen, was wir haben, werden wir vieles ändern müssen.“

Wie die CDU in den kommenden Jahren fit und kampagnenfähig bleibt – das ist die Frage der Strukturkommission zur modernen Parteiarbeit „Meine CDU 2017“ unter der Leitung des Generalsekretärs Peter Tauber. Das Präsidium der CDU Deutschlands hat in seiner Sitzung vom 23. Juni 2014 diese Kommission ins Leben gerufen. Ziel soll es sein, Impulse für eine breite Diskussion in unserer Partei über Fragen der Organisationskraft, Strukturen sowie Kommunikations- und Kampagnenfähigkeit zu geben.

Gerade als Volkspartei müssen wir uns auch in den kommenden Jahren immer wieder fragen, ob wir für die Menschen und für unsere Partei die richtigen Angebote und Antworten haben. Das gilt in besonderer Weise auch für die internen Strukturen. Die Rahmenbedingungen der politischen Arbeit haben sich wesentlich verändert. Durch die Digitalisierung und Soziale Netzwerke sind neue Formen des Dialogs und der Willensbildung entstanden. Wie können wir unsere Mitbürger besser in die politische Willensbildung mit einbeziehen? Wie können wir unsere Mitglieder mehr wertschätzen und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten besser nutzen? Was macht die CDU attraktiv für neue Mitglieder? Was braucht es, um unsere vielen ehrenamtlichen Verantwortungsträger fit zu machen für Ihr Amt? Wo können interne Organisationsstrukturen effizienter gemacht und veraltete Werkzeuge gegen bessere ausgetauscht werden? All diese Fragen hat die Kommission aufgegriffen, um der CDU, 70 Jahre nach ihrer Gründung, das bestmögliche Update für die kommenden Herausforderungen und den Fortbestand als erfolgreiche Volkspartei zu geben.

Struktur der Bundeskommission

Jeder Landesverband wurde aufgefordert, zwei Mitglieder für die Bundeskommission zu benennen. Neben dem Generalsekretär Bodo Löttgen gehörte Carla Neisse-Hommelsheim, stell-

vertretende Vorsitzende der Frauen Union Deutschlands sowie Schatzmeisterin der Frauen-Union der CDU Nordrhein-Westfalen, dem Gremium an. Darüber hinaus hatte Peter Tauber weitere Parteimitglieder in die Kommission berufen, zu denen aus Nordrhein-Westfalen Dagmar Betz (CDU Neuss), Diana Kinnert (CDU Wuppertal) und Ansgar Mertens (CDU Lippstadt) gehörten.

Nach einer knapp einjährigen Erarbeitungsphase ist der erste Beratungsentwurf der Bundeskommission am 2. Juni dieses Jahres diskutiert worden. Nun ist die Kommission auf der Zielgeraden. Auf 25 Seiten wird beschrieben, wie die Zukunft aussehen soll: Ausweitung der Mitgliederrechte, neue Veranstaltungsformate, neue technische Anwendungen, die genutzt werden sollen – aber auch eine bessere Einbeziehung der Mitglieder. Die bundesweite Abschlussitzung fand am Ende der „Woche der CDU“ am 4. Juli 2015 statt. Nun geht das Papier zur Strukturreform im Juli in den Bundesvorstand, anschließend an alle Mitglieder. Auf dem kommenden Bundesparteitag in Karlsruhe soll das Papier beraten und verabschiedet werden.

Warum ein Begleitgremium auf Landesebene?

Als größter Landesverband hat die CDU in Nordrhein-Westfalen beschlossen, alle Gliederungen, d.h. Kreisverbände, Vereinigungen, Sonderorganisationen und Netzwerke, frühzeitig in die Arbeit der Berliner Kommission mit einzubinden. Dem Landesvorsitzenden Armin Laschet und Generalsekretär Bodo Löttgen war es wichtig, dass unsere Parteigliederungen nicht mit fertigen Beschlüssen eines Berliner Gremiums konfrontiert werden, sondern ein Meinungsbild aus der Parteibasis heraus entsteht, Vorschläge aus der Bundeskommission heraus vor Ort diskutiert werden können und umgekehrt die von der Basis entwickelten Ideen in die Bundeskommission eingebracht werden können. Parteireform gelingt nur dann, wenn möglichst viele Mitglieder eingebunden werden und mitentscheiden können. Aus diesem Gedanken heraus wurde das „Begleitgremium der CDU Nordrhein-Westfalen

zur Bundeskommission“ gegründet, für dessen engagierte und intensive Arbeit es hier ausdrücklich Dank zu sagen gilt.

Ein neues Betriebssystem für die Partei entwickeln

In sechs Sitzungen hat sich das NRW Gremium mit insgesamt fünf zentralen Themen befasst. Bei der Auftaktveranstaltung in der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf hat sich die Kommission mit den Grundsätzen unserer Partei – also dem „C“, dem „D“ und dem „U“ befasst. Dabei stand das Selbstverständnis der CDU im

Mittelpunkt. Das „C“ steht für eine Partei der Werte und der Verantwortung. Das „D“ für eine Partei des Dialogs und der Beteiligung. Das „U“ steht für eine Partei der Gemeinschaft und des Zusammenhaltens, die den Gedanken der Union lebt.

In einem World-Café entstanden in jeweils vier Gruppen zehn Thesen, die den beiden Fragen „Wie sieht meine CDU im Jahr 2017 aus?“ und „Welche Partei sehen andere, wenn sie 2017 auf meine CDU schauen?“ Rechnung tragen.

Als Ergebnis hielt die Kommission fest:

Die nachfolgenden Thesen tragen dazu bei, dass meine CDU 2017 in den Kommunen, auf Landes-, Bundes- und Europaebene Erfolg bei Wahlen hat:

1.

In meiner CDU 2017 sind die christlichen Werte der Kompass unseres gemeinsamen Denkens und Handelns.

2.

Meine CDU 2017 lädt alle ein, auf der Basis des „C“ in der Volkspartei Politik zu gestalten.

3.

In meiner CDU 2017 bekennt sich jedes Mitglied gerne und öffentlich zu seiner Partei.

4.

Meine CDU 2017 ist offen für alle, die sich zu den Grundwerten unserer Partei bekennen.

5.

Meine CDU 2017 ist offen für neue Gedanken und bereit zu strukturellen Veränderungen.

6.

Meine CDU 2017 wird durch glaubwürdige Persönlichkeiten repräsentiert.

7.

Meine CDU 2017 besteht aus Mitgliedern, die online Flagge zeigen und digitale Meinungsführer sind.

8.

Meine CDU 2017 kann alle Mitglieder erreichen. Informationen werden bedarfsgerecht und gezielt angeboten und vermittelt.

9.

Meine CDU 2017 bietet allen Interessierten die Möglichkeit, sich digital zu informieren, zu beteiligen und zu diskutieren.

10.

Meine CDU 2017 ist eine Partei, die Fachkompetenz und Aktivitäten im vorpolitischen Raum wertschätzt, erfasst und auch außerhalb der Wahlkampfzeit nutzt.

Bei den nachfolgenden vier Veranstaltungen in Bonn, Münster, Oberhausen und Wuppertal wurden die Themen „Die CDU und ihre Bürger“, „Die CDU und ihre Mitglieder“, „Die CDU und ihre Verantwortungsträger“ sowie „Die CDU und ihre Organisation“ intensiv diskutiert.

Jetzt sind Sie gefragt

Wir freuen uns auf die kommenden intensiven Beratungen des Abschlusspapiers in allen Gremien der nordrhein-westfälischen

CDU. In fast allen Kreisverbänden, Vereinigungen, Sonderorganisationen und Netzwerken steht Ihnen dazu ein kompetenter Ansprechpartner, der im Begleitgremium mitgearbeitet hat, zur Verfügung. Nutzen Sie diese Möglichkeit, damit Ihre Vorstellungen und Ideen von moderner Parteiarbeit Eingang in die Beratungen auf dem kommenden Bundesparteitag im Dezember 2015 in Karlsruhe finden können!

Gestalten Sie „Ihre CDU 2017“ mit!

Programmkommission schließt Arbeit ab

Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten

Foto: CDU Deutschlands/Lang

Die Anfang 2014 beschlossene und im Herbst des vergangenen Jahres eingesetzte Programmkommission „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft“ hat ihre Arbeit abgeschlossen. Unter der Leitung von Armin Laschet befasste sich die etwa 40-köpfige Expertengruppe mit zentralen Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders. Zu den Mitgliedern gehörten unter anderem Friedrich Merz, Bundesministerin Johanna Wanka, Kulturstaatsministerin Monika Grütters, Andreas Pinkwart und Rudolf Korte. Die Ergebnisse der Kom-

mission sollen – ebenso wie die Ideen der von Thomas Strobl und Julia Klöckner betreuten Kommissionen zur Zukunft der Arbeit und zum nachhaltigen Leben – das Bundesprogramm der CDU inhaltlich weiterentwickeln. In ihrem nun vorliegenden Abschlussbericht identifiziert die „Laschet-Kommission“ nicht nur die zentralen Herausforderungen unserer Zeit, sondern formuliert auch neue politische Ansätze, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zukunft stärken und erhalten zu können.



Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel

Zum Ausgangspunkt der Überlegungen der Kommission machte Armin Laschet die großen Trends: Globalisierung und Digitalisierung ebenso wie der schleichende demografische Wandel bringen neue Chancen, aber auch neue Aufgaben mit sich. Die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen erfordern ein beherztes Handeln in vielen unterschiedlichen Politikbereichen. Sei es die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, der soziale Ausgleich in der Einwanderungsgesellschaft, neue Schwerpunktsetzungen in der Medien-, Familien- und Bildungspolitik, oder die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland.

Familienpolitik für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft und bedürfen deshalb besonderer staatlicher Förderung. Die Kommission fordert rechtliche, infrastrukturelle und materielle Rahmenbedingungen, die Menschen in ihrem Entschluss zur Familiengründung bestärken und kinderreiche Familien besser unterstützen. Familien leisten viel für das Gemeinwohl und brauchen deswegen einen fairen Leistungsausgleich. Dem besonderen Respekt denen gegenüber, die die Versorgung und Erziehung eines Kindes alleine bewältigen müssen, soll durch eine Entlastung getrennt Erziehender Ausdruck verliehen werden. In der Familie stehen aber nicht nur Eltern für Kinder, sondern auch Kinder für Eltern ein. Die Versorgung und Betreuung von auf Hilfe angewiesenen Älteren muss daher gerade im ländlichen Raum zu einer sozialpolitischen Schwerpunktaufgabe werden.



Starke Demokratie – bürgernah und vielfältig

Die repräsentative Demokratie hat sich darin bewährt, in einer beschleunigten und digitalisierten Kommunikationskultur eine abwägende Bewertung von politischen Argumenten sicherzustellen und so gemeinwohlorientierte Entscheidungen vorzubereiten. Gleichzeitig sollen die politischen Prozesse aber noch weiter für eine direkte Beteiligung der Bürgergesellschaft geöffnet werden. Auch eine weitere Stärkung der kommunalen und sozialpartnerschaftlichen Selbstverwaltung sowie der Unabhängigkeit der Universitäten sollen dabei im Vordergrund stehen. Der Abschlussbericht betont zudem die weiterhin große Bedeutung der christlichen Kirchen für unser Gemeinwesen. Sie stellen mit Kindergärten, Schulen oder Krankenhäusern wichtige Säulen im deutschen Bildungs- und Sozialwesen dar. Des Weiteren spricht sich die Kommission dafür aus, die soziale Infrastruktur in Deutschland künftig noch stärker an den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft auszurichten. Ebenso wird die im digitalen Kommunikations- und Informationszeitalter immer wichtigere Funktion der etablierten Medien betont. Diese müssen ihrer Funktion als „Torwächter“ nachkommen und in einer Welt des Informationsüberflusses Relevantes von Irrelevantem trennen.



Bildung als Schlüssel für Lebenschancen

Bildung ist die Voraussetzung für sozialen Aufstieg und gesellschaftliche Integration. Die Schulen sind einer von nur noch wenigen Orten, an dem alle Gruppen unserer Gesellschaft relativ unabhängig von Herkunft, Wohngegend, Einkommen oder Bildungshintergrund zusammenkommen. Gerade deswegen ist eine deutliche Aufwertung der Berufstände „Lehrer“ und „Erzieher“ angezeigt, schließlich sind sie die zentralen Akteure am gesellschaftlichen Schlüsselort „Schule“. Um die Chancen der Digitalisierung ergreifen und unseren Nachwuchs auf seine berufliche Karriere vorbereiten zu können, bedarf es einer besseren technischen Ausstattung an den Schulen und einer intensiven Fortbildung von Lehrern hinsichtlich ihrer digitalen und medialen Kompetenzen.

Die CDU ist die Partei der Bürger und des Ehrenamts

Die über 20 Millionen ehrenamtlich oder bürgerschaftlich engagierten Bundesbürger sind eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Um diese subsidiäre Verantwortungsgemeinschaft weiter zu stärken, soll die Engagementpolitik als eigenes Politikfeld etabliert werden. Hierzu gehören größere Anstrengungen zur Vernetzung engagierter Bürger, eine bessere Einbindung von sozial ausgerichteten Unternehmen und die Aktivierung der wachsenden Bevölkerungsgruppe der Senioren für Ehrenämter. Zudem muss in unserer Gesellschaft eine Kultur der öffentlichen Anerkennung geschaffen werden, die Ehrenamtler stärkt.



Lokal verwurzelt, global aktiv – Internationales Engagement

Die Förderung der Bürgergesellschaft macht nicht an den deutschen Grenzen halt. Die Anerkennung und Unterstützung privater Initiativen in der Entwicklungszusammenarbeit gehört für die Kommission daher ebenso zu den vordringlichen Aufgaben wie der Ausbau des internationalen Wirkens politischer und gesellschaftlicher Stiftungen. Sie zu fördern heißt in das Ansehen unseres Landes zu investieren.

Nach der Vorstellung des Berichts in der „Woche der CDU“ zum 70-jährigen Bestehen der CDU Deutschlands soll das Papier nun im Bundesvorstand beraten und als Leitantrag zum Bundesparteitag beschlossen werden. Im Vorfeld können CDU-Mitglieder die Anträge auf vier Zukunftskonferenzen mit der Parteiführung diskutieren.

Gastbeitrag von Ina Scharrenbach MdL

KAoA – oder warum die rot-grüne Landesregierung keinen Abschluss und keinen Anschluss findet



Foto: CDU Deutschlands/Schwarze

Im Übergang Schule – Beruf – Studium muss sich Gewaltiges ändern, denn: Bewerberquoten um Berufsausbildungen oder duale Studiengänge sinken, Schüler drehen sinnlose Schleifen in weiterführenden Schulen, oft ohne klares Ziel. Gleichzeitig bleiben attraktive Ausbildungs- und duale Studienplätze unbesetzt. Rund 25 Prozent Ausbildungsabbrecher und knapp 40 Prozent Studienabbrüche machen deutlich: Ein Schulabschluss führt nicht immer zum sinnvollen Anschluss.

Daher war das Ergebnis von Überlegungen des Ausbildungskonsenses und der Landesregierung NRW in 2011 das „**Neue Übergangssystem Schule – Beruf NRW Kein Abschluss ohne Anschluss**“ (KAoA). Dahinter verbergen sich teils sinnvolle Ansätze mit Standardelementen, die für alle weiterführenden Schulformen bis 2018 verpflichtend umzusetzen sind. Es geht um eine frühzeitige, systematische, aber auch standardisierte Berufsorientierung in den weiterführenden Schulen ab Klasse 8.

Positiv ist: Eine Potenzialanalyse in der Klasse 8 liefert schulabhängig erarbeitete Kompetenzen, der Stellenwert von Studien- und Berufswahlvorbereitung an Schulen wird höher, die Verantwortung des gesamten Kollegiums betont. Und: Unternehmen erhalten einen legitimen Anspruch, motivierte und geeignete Nachwuchskräfte zu finden und damit dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Dafür toppt die Umsetzung durch die rot-grüne Ministerialbürokratie, Strukturen und nebeneinanderher arbeitenden Gremien jede Katastrophenphantasie. Ein Blick aufs Geschehen lässt er-

kennen: Vor Ort reißen vielfach Arbeitsagenturen das Heft an sich und beherrschen die Steuerungsgremien. Kommunale Koordinierungen, überall eingerichtet, sind oft fachfremd besetzt und den Arbeitsagenturen hoffnungslos ausgeliefert. Erfolgreiche Ansätze zur Berufsorientierung werden vor Ort vielfach zerschlagen, weil KAoA an diesen Stellen keine Flexibilität für die Umsetzung vor Ort bietet. Die Beratungskapazitäten der kommunalen Koordinierungen reichen bei weitem nicht aus, um die individuelle Berufswegplanung der Schüler/-innen kontinuierlich zu begleiten und dem Prozesscharakter von Studien- und Berufswahlvorbereitung zu entsprechen. So wird aus der kommunalen Koordinierung eine Koordinationsstörung.

Scharfe Ausschreibungen für die Potentialanalysen begünstigen Dumping-Anbieter mit teils zweifelhafter Qualität – „Geiz ist geil“, aber in der Gestaltung des Überganges eben nicht gut. Die Unterrichtsentlastungen für die Studien- und Berufswahlkoordinatoren/-innen an den Schulen sind viel zu gering – sozialdemokratische Halbheiten eben. Die Schulen ächzen unter der Mehrbelastung – zu Recht. Alte Hasen – uralte Tricks: Mit Berufsfelderkundungen wird abermals versucht, Schülergruppen zwangsweise durch Unternehmen zu treiben – die Berufspädagogik der 1960er-Jahre ist mit KAoA wieder auferstanden.

Die Berufsorientierung braucht Vertrauen: Nicht nur von Seiten der Schüler und Eltern, sondern auch von Seiten einer Landesregierung gegenüber den vor Ort handelnden Pädagogen und den bisher mit Berufsorientierung befassten Unternehmen und Personen. Dazu ist die Landesregierung nicht in der Lage. Deshalb findet die rot-grüne Landesregierung keinen Abschluss und nach Mai 2017 auch keinen Anschluss. ■

Ina Scharrenbach MdL



ist seit Mai 2012 Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen. Die Diplom-Betriebswirtin ist Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion in Kamen, der sie seit 1999 angehört. Als stellvertretende Landesvorsitzende und Vorsitzende des Bezirks Ruhr ist sie aktiv in der Frauen Union, seit 2012 ist sie auch stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen.

Foto: Kersting

Gastbeitrag von Sven Volmering MdB

Digitale Bildung als Chance begreifen



Foto: CDU Deutschlands/Butzmann

Viele erinnern sich gerne an den Gewinn der Fußball-WM 2014, welcher Lohn für den Tüchtigen war, der nach den Debakeln bei großen Turnieren die Talentförderung neu gestaltete. Vor einer ähnlichen Herausforderung steht Deutschland bei der Digitalen Bildung. Wir hinken den Weltmeistern hinterher.

Nur 1,5 Prozent der deutschen Schülerinnen und Schüler haben bei der internationalen ICIL-Studie („International Computer and Information Literacy Study“) die höchste Kompetenzstufe erreicht. Computereinsatz findet viel zu selten und wenig sinnvoll statt. Das Aufwachsen in einer technologisch geprägten Welt führt nicht zu kompetenteren Nutzern. 30 Prozent der Schüler verfügen nur über sehr geringe digitale Kompetenzen. Ohne stärkere Verankerung digitaler Medien in den Lernprozessen droht international auf Sicht Bedeutungslosigkeit.

Dies ist umso fataler, da sich Lernen, Wissensaneignung und Mediennutzung durch die Digitalisierung fundamental ändern. Zwei Drittel der Lehrer sind der Auffassung, dass der Einsatz digitaler Medien junge Menschen motivierend dabei unterstützt, Informationen wirksamer zu verarbeiten. 72 Prozent der Eltern und Schüler wünschen einen verstärkten Einsatz digitaler Medien. Um digitale Spaltung zu vermeiden, müssen wir allen Kindern sowie Jugendlichen eine vernünftige digitale Grundbildung zukommen lassen. Diese beinhaltet den sicheren, verantwortungsvoll-kritischen Umgang mit digitalen Medien und Programmen. Das ist mit Blick auf den Datenschutz wichtig, aber auch für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Es geht nicht um die „totale Zwangsdigitalisierung“, wie der Präsident des Deutschen Leh-

rerverbandes befürchtet. Es geht auch nicht um die Abschaffung wichtiger Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben, sondern um den didaktisch sinnvollen Einsatz, der dazu führen kann, dass die Geräte aus bleiben. Wenn in einer Minute im Internet 204 Millionen E-Mails verschickt, 13,8 Millionen WhatsApp Nachrichten versendet und 42.000 Fotos bei Instagram hochgeladen werden, dann ist das die Lebensrealität, mit der unsere Kinder und Jugendlichen aufwachsen. Schule darf kein Ort des digitalen Dauerfastens sein.

Angesichts dieser Ausgangssituation ist es überfällig, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern eine „Strategie Digitales Lernen“ entwickelt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dazu umfangreiche Forderungen aufgestellt, die auch in Nordrhein-Westfalen dringend umgesetzt werden müssen, um digitales Bildungsland Nr. 1 zu werden. Ein überfälliger Schritt wäre es, endlich bei der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften anzusetzen und die Curricula und Prüfungsordnungen anzupassen. Auch eine stärkere Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik im Sinne eines „Pakts für Digitale Bildung“ ist angebracht. NRW hätte durch die freiwerdenden BAFöG-Mittelentlastungen durch den Bund längst Schwerpunkte bei der Digitalen Bildung finanzieren können. Leider stopft Hannelore Kraft mit diesem Geld Haushaltslöcher. Ein schwacher Trost, ausgerechnet hier Weltmeisterniveau zu haben. ■

Sven Volmering MdB



ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 125 (Bottrop, Dorsten und Gladbeck). Früh war er in JU und CDU aktiv, unter anderem als Mitglied im Rat der Stadt Bocholt (1994-2009). Von 2006 bis 2012 war er Landesvorsitzender der JU Nordrhein-Westfalen und von 2010 bis 2014 stellvertretender Landesvorsitzender der NRW-CDU. Bis zu seinem Einzug in den Bundestag arbeitete Volmering als Sozialwissenschafts-, Politik- und Geschichtslehrer. Er ist seit 2010 gemeinsam mit Thomas Jarzombek MdB Vorsitzender des Netzbeirats der CDU Nordrhein-Westfalen.

Foto: Volmering



Den Antrag „Durch Stärkung der Digitalen Bildung Medienkompetenz fördern und digitale Spaltung überwinden“ finden Sie hier:
<http://bit.ly/DigiBildung>

Mit einer entsprechenden App erreichen Sie die Seite auch über den nebenstehenden QR-Code.

12 Fragen an Sabine Verheyen

Sabine Verheyen wurde am 24. Oktober 1964 in Aachen geboren. Die verheiratete Mutter von drei Kindern studierte von 1983 bis 1988 Architektur an der FH Aachen und ist seit 1990 Mitglied in der CDU. Sie gehörte von 1994 bis 2009 dem Rat der Stadt Aachen an und war von 1999 bis 2009 Bürgermeisterin ihrer Heimatstadt. Seit 2009 ist Verheyen Mitglied des Europäischen Parlaments, mit Beginn der aktuellen Legislaturperiode (2014) ist sie stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und Sprecherin der EVP-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT).

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Geh die Dinge positiv an – es kann nur besser werden.

Welches Lied singen Sie gerne?

„Ich will keine Schokolade“ von Trude Herr.

Was mögen Sie an der CDU?

Die CDU ist die einzige echte Volkspartei und sie steht für die christlichen Grundwerte.

Sie werden Schulministerin. Was wäre Ihr wichtigstes Projekt für die ersten 100 Tage im Amt?

Endlich ausreichend qualifizierte Fachkräfte für die Inklusionsklassen auszubilden und einzustellen.

Welches Schulfach mochten Sie am liebsten?

Philosophie.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

Das überlasse ich lieber den Profis. Ich setzte mich in Europa für Hochwertigkeit und Vielfalt unserer Kultur ein.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Der Sauerbraten meiner Mutter.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

„Das Alphabethaus“ von Jussi Adler-Olsen und „Limit“ von Frank Schätzing.

Was können Sie besonders gut kochen?

Katalanisches Wildschwein in Rotweinsauce aus dem Ofen.

Wie können Sie am Besten entspannen?

Bei der Gartenarbeit.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

Ich bin gerne in der ganzen Welt unterwegs. Aber wohnen möchte ich nur in Aachen bei meiner Familie.

Welche Schlagzeile würden Sie gerne über sich lesen?

Sabine Verheyen erfolgreich beim Fischen der ersten europäischen eierlegenden Wollmilchsau. ;-)

12 Fragen an Tilman K. Pöppel

Tilman K. Pöppel wurde am 12. Juli 1995 in Aachen geboren. 2010 trat er in die Junge Union, mit dem 16. Geburtstag in die CDU ein. Im Juni 2011 gründete er die Schüler Union Paderborn. In seiner Heimatstadt sitzt er außerdem als Beisitzer im CDU-Kreisvorstand und im CDU-Ortsvorstand Schloß Neuhaus. Seit dem 24. Januar 2015 ist der Jungschütze und Abiturient des Gymnasiums Schloß Neuhaus Vorsitzender der Schüler Union Nordrhein-Westfalen.

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Carpe diem.

Welches Lied singen Sie gerne?

Keins.

Was mögen Sie an der CDU?

Ihre christlichen Werte und ihre vielfältigen Mitglieder, die sie zu einer generationenübergreifenden Volkspartei machen.

Sie werden Schulminister. Was wäre Ihr wichtigstes Projekt für die ersten 100 Tage im Amt?

1. Schaffung neuer Lehrerstellen
2. schärfere Überprüfung des Unterrichtsausfalls.

Welches Schulfach mögen Sie am liebsten?

Geschichte.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

-

Was ist Ihre größte Schwäche?

Facebook.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

Zurzeit liegt dort „Schuld“ von Ferdinand von Schirach.

Was können Sie besonders gut kochen?

Espresso.

Wie können Sie am besten entspannen?

Mit Freunden und Familie bei herrlichem Wetter zusammen sitzen.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

Kapstadt, Südafrika.

Welche Schlagzeile würden Sie gerne über sich lesen?

Tilman Pöppel ist neuer Schützenkönig in Schloß Neuhaus.

Beispielloser Vorgang: Mitglieder des Wahlausschusses zählen am 19. Mai 2015 in Köln die Stimmzettel des Briefwahlbezirkes Rodenkirchen neu aus – und kommen zu einem anderen Ergebnis als der Rodenkirchener Wahlvorstand am Wahlabend im Mai 2014.

Foto: picture alliance/dpa

Köln, die SPD und die Wahrheit. Eine Chronologie der Ereignisse.

Der Jubel war groß bei der Kölner SPD, als am 25. Mai 2014 abends das vorläufige amtliche Endergebnis der Kommunalwahl vorgelegt wurde. 27 Sitze hatte sie errungen (CDU: 24), wurde stärkste Kraft im Kölner Stadtrat. Zusammen mit den Grünen sollte es für eine hauchdünne Mehrheit von einer Stimme reichen.

Was bei Rot-Grün für Jubelstürme sorgte, irritierte viele Beobachter. Entgegen der Trends in den Urnenwahlbezirken im sonst stabil schwarzen Stadtteil Köln-Rodenkirchen und der gleichzeitigen Europawahl ergab ein Briefwahlergebnis angeblich eine deutliche SPD-Mehrheit.

Zur Verdeutlichung: In den drei Urnenbezirken in Rodenkirchen hatte CDU-Kandidatin Alexandra von Wengersky klar vorne gelegen. Nur im Briefwahlbezirk hatte die SPD-Kandidatin Elke Bussmann einen Vorsprung von 17,5 Prozentpunkten erhalten.

Verdacht: Die Stimmen wurden vertauscht!

Schnell stand der Verdacht im Raum, dass die Stimmen von SPD und CDU im Protokoll vertauscht wurden. Eigentlich ein dummer Fehler, der schnell hätte aufgeklärt werden können. Eigentlich. Die versammelte Sozialdemokratie in Stadt und Land aber inszenierte einen Politkrimi, bei dem sie am Ende selbst als der Bösewicht dasteht.

Ein Protokoll der Ereignisse: Am Tag nach der Kommunalwahl beantragt die Kölner CDU eine Kontrollzählung des Ergebnisses. Guido Kahlen, SPD-Mann, Stadtdirektor und Wahlleiter, lehnt ab. Er sehe „keine Anhaltspunkte“ für eine Neuauszählung, ein knappes Ergebnis allein reiche nicht aus. Dieser Ansicht folgt auch der Kreiswahlausschuss, er lehnt ein paar Tage später mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linken und FDP den CDU-Antrag auf Neuauszählung ab.

Die Kölner CDU aber gibt nicht auf. Zu sehr verdichten sich die Hinweise, dass insbesondere das Rodenkirchener Ergebnis nicht stimmen kann. Am 20. Juni 2014 erhebt die CDU offiziell Einspruch gegen das vom Wahlausschuss festgestellte Endergebnis der Kommunalwahl. Es bestehe der Verdacht, dass bei der Auszählung in mehreren Stadtteilen Fehler gemacht wurden, vor allem im Briefwahlbezirk 20847 in Rodenkirchen. Stadtdirektor Kahlen hingegen zeigt sich ungerührt. Am 31. Juni legt er ein Rechtsgutachten vor, demzufolge der CDU-Einspruch unbegründet sei. Im Übrigen wird er die Protokolle des Wahlvorstands als „ausgesprochen sorgfältig“ beurteilen.

Zwischenzeitlich meldet sich wenigstens bei den Grünen das Gewissen. Auf einer Klausurtagung im August 2014 wird entschieden, sich für eine Neuauszählung einzusetzen. Daraufhin beschließt der Stadtrat mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen eine Neuauszählung aller 1.024 Stimmbezirke.

Jetzt eskaliert die Angelegenheit, in der SPD-Führung wird man nervös: Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters bezeichnete den Beschluss als „rechtswidrig“. Daraufhin hebt Regierungspräsidentin Gisela Walsken (SPD) den Beschluss auf, als zuständige Kommunalaufsicht wäre sie für die Umsetzung verantwortlich gewesen.

Landesregierung mischt sich ein

Auch die Landesregierung schaltet sich in die Lokalposse ein: Innenminister Ralf Jäger höchstselbst untersagt eine Neuauszählung aller Stimmen. Zwar habe der Stadtrat eine „weitreichendere Prüfungskompetenz als etwa der Wahlausschuss“, heißt es in seinem Erlass vom 29. August. „Dies rechtfertigt jedoch nicht die Überprüfung wesentlicher Bestandteile des Wahlverfahrens – hier die Stimmenauszählung für das gesamte Wahlgebiet, ohne dass konkrete, substanti-

iert vorgetragene Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten vorliegen. Anderenfalls wäre im Ergebnis eine praktisch beliebige, zeit- und kostenintensive Wiederholung von Teilen des Wahlverfahrens möglich, die wahlrechtlichen Grundsätzen widerspricht.“

Anhaltspunkte hätte es wohl gegeben: Anders als von der SPD-Führung behauptet, ist die Dokumentation der Wahl schwer fehlerhaft. Nicht nur ist das Dokument nicht unterschrieben, auch die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ist nicht eindeutig vermerkt. So bleibt unklar, ob die Wahlhelfer 707 Zettel oder 708 ausgewertet haben. Wie die Niederschrift vor dem Hintergrund des Streits als „sorgfältig verfasst“ bezeichnet werden konnte, ist mindestens schleierhaft.

Gericht pfeift die SPD zurück

Traurig: Erst das Gericht pfeift die SPD zurück. Auf dem Weg durch die demokratischen Instanzen am verzweifelten Widerstand der SPD gescheitert, bringt die CDU Köln die Sache schließlich vors Gericht. Mit durchschlagendem Erfolg: Die 4. Kammer des Kölner Verwaltungsgerichts befindet am 25. März: Die Fehler in der Dokumentation sind so schwerwiegend, dass „der Glauben an die Richtigkeit der Urkunde“ erschüttert ist – und damit das Vertrauen in das Rodenkirchener Ergebnis insgesamt. Auch rügt das Gericht den Wahlausschuss: Er hätte weiter nachforschen müssen. Die CDU habe das Ergebnis „nicht mit bloßen Vermutungen ins Blaue hinein angegriffen“. Insbesondere hätte eine „vertiefte wahlstatistische Auswertung für eine Vertauschung der Zahl der Stimmen“ von CDU und SPD gesprochen. Das legt nahe, dass die Zahlen der CDU und der SPD beim Übertragen ins Protokoll verwechselt wurden. Das Gericht ordnet eine Neuauszählung an, da es „den Grundsatz der Gleichheit der Wahl dauerhaft verletzt“ sah. Die Neuauszählung am 19. Mai bestätigt dann, was zu diesem Zeitpunkt ohnehin schon die Spatzen von den Dächern pfeifen: Die Stimmen wurden vertauscht. Für die SPD sind die Folgen verheerend: Nicht nur geht damit die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat flöten. Schlimmer noch: Ausgerechnet Jochen Ott, der SPD-Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl in Köln, verliert seinen Sitz im Stadtrat.



Stadtdirektor Kahlen sah zunächst „keine Anhaltspunkte“, die eine Neuauszählung rechtfertigt hätten.



Auch Innenminister Ralf Jäger untersagt eine Neuauszählung – diese widerspricht wahlrechtlichen Grundsätzen.

Damit aber ist die Affäre noch nicht vorbei, sondern jetzt wird es erst richtig bemerkenswert – oder sollten wir besser sagen: Unverschämte?

Die Kölner SPD lässt verlauten, dass sich eigentlich gar nicht geändert habe. Immer noch sei die SPD stärkste Kraft in der Domstadt und außerdem habe man die Stimme von OB Roters bei „wichtigen“ Abstimmungen nie genutzt – und das soll jetzt eine beruhigende Aussage sein? Oder ist das eine Zusammenfassung des Demokratieverständnisses der Kölner Genossen? Keine Mehrheit ist keine Mehrheit. Punkt.

SPD wird nervös

Intellektuell flexibel zeigt sich auch Innenminister Jäger, der sich durch das Kölner Urteil gar bestätigt sieht. Schließlich habe auch das Verwaltungsgericht eine vollständige Neuauszählung der gesamten Wahl für nicht geboten gehalten, und etwas anderes habe auch sein Erlass nicht ausgesagt. Warum sein Ministerium eine Teilauszählung nicht als zulässige Möglichkeit in den Erlass aufgenommen hat, kann er nicht erklären.

Im Ergebnis müssen wir wohl festhalten: Die SPD ist nervös, sowohl in Köln als auch auf Landesebene. Mit gutem Grund: In Umfragen liegen CDU und SPD seit Monaten gleich auf, die Regierung wirkt kraft- und ideenlos.

Offenbar zittern die Sozialdemokraten vor dem Erstarken der CDU in Nordrhein-Westfalen. Dabei übersehen die Genossen in Stadt und Land, welchen Schaden ihre blinde Arroganz in der Causa Rodenkirchen, diese ganze Kette sozialdemokratischer Verfilzungen, dem Vertrauen in demokratische Wahlen und staatliche Institutionen zufügt.

Wir beobachten diese Entwicklung mit großer Sorge. Niemand in der gesamten SPD, auch nicht Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, hat die Stärke gefunden, dem Kölner Wahlzirkus ein Ende zu bereiten. Niemand hat den Anstand im Leib gehabt, den Wählerwillen zu überprüfen. Fehler bei Auszählungen sind menschlich und können passieren – die Vertuschung offenkundiger Ungereimtheiten ist ein Skandal.

Isabelle Fischer



Foto im Hintergrund: Andrea Damm/pixelio.de, Foto in Lupe: Rochlitzer, Lupe: Shutterstock

Löttgens Lupe

Selbst|ver|trauen, das, Substantiv, Neutrum (jemandes Vertrauen in die eigenen Kräfte, Fähigkeiten)

Der 13. Juni 2015 war für die CDU Nordrhein-Westfalen ein historischer Tag: Die Delegierten des 37. Landesparteitags verabschiedeten einstimmig das erste Grundsatzprogramm in der nun fast 70-jährigen Geschichte der Partei. In einem mehr als zwei Jahre dauernden Prozess haben alle Gliederungen unserer Partei und mehr als 3.000 einzelne Mitglieder mitgedacht, mitdiskutiert und mitgeschrieben. Allen lag am Herzen, dass die CDU Nordrhein-Westfalen wieder Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen der Zukunft geben kann, dass wir uns mit Blick auf unsere Positionen selbst vergewissern und eine programmatische Standortbestimmung vornehmen.

Ich denke, dies ist uns auch dank der konsequenten Einbindung unserer Mitglieder in vielen Regionalkonferenzen und Diskussionen in den Gliederungen vor Ort gut gelungen! Unser Grundsatzprogramm „Aufstieg, Sicherheit, Perspektive – Das Nordrhein-Westfalen-Programm“ dokumentiert Regierungsfähigkeit und ist Grundlage für einen erfolgreichen Weg, den wir mit dem Ziel des Regierungswechsels in den kommenden 95 Wochen gemeinsam und selbstbewusst gehen wollen.

Dank guter Arbeit in Landtagsfraktion und Partei wurde die CDU Nordrhein-Westfalen zur Halbzeit der Legislaturperiode als ernsthafte Alternative zur kraftlosen rot-grünen Regierung wahrgenommen. Umfragen, die die CDU bei 38 Prozent und die SPD bei 32 Prozent sehen, belegen dies. Die Reaktion der politischen Mitbewerber folgte prompt und pünktlich zum Landesparteitag: Der SPD-Generalsekretär wollte per Pressemitteilung die Tagesordnung des Parteitags diktieren, eine kurzfristig freigeschaltete Webseite ohne Impressum versuchte den Landesvorsitzenden zu diskreditieren – Besitzer der Internetseite ist ein Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN – und ein gefälschter Twitter-Account eines Journalisten der Landespressekonferenz sorgte für Irritationen.

Als Reaktion auf diese Vorfälle erschien in einem Blog die Schlagzeile: „Der NRW-Wahlkampf wird lang und dreckig.“ Lang darf dieser Wahlkampf gerne werden! Gemeinsam mit Armin Laschet hat unsere CDU Nordrhein-Westfalen noch viele Ideen, um die Wirtschafts- und Finanzkraft unseres großen Landes endlich zu entfachen. Aber dreckig? Nein! Die CDU Nordrhein-Westfalen hat das **Selbstvertrauen** und die Stärke, diese untauglichen Störversuche mit einem Zitat von Robert Lembke zu beantworten: „Es gibt Hähne, die glauben, die Sonne sei aufgegangen, weil sie gekräht haben.“ ■



Jahre gemeinsam für Deutschlands Zukunft.

Wir feiern in diesem Jahr den 70. Jahrestag der Gründung unserer Christlich-Demokratischen Union. Die Landesverbände Rheinland und Westfalen gründeten sich am 2. September 1945 in Bochum beziehungsweise in Köln, nachdem die „Kölner Leitsätze“, die erste programmatische Grundlage unserer Partei, bereits im Juni 1945 formuliert wurden.

Mit einem großen Festakt wollen wir Anfang September an diese unsere Wurzeln erinnern. Dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung:

Welche Erinnerungen haben Sie an die letzten 70 Jahre der CDU Nordrhein-Westfalen?

Was haben Sie mit der CDU Nordrhein-Westfalen, mit Ihrem Kreisverband, Ortsverband, Stadtverband erlebt, zu welchen Begegnungen wäre es ohne die CDU nicht gekommen?

Schicken Sie uns Ihre Geschichte, gerne mit passenden Bildern, bis Freitag, 14. August 2015 per E-Mail an 70jahre@cdu-nrw.de oder per Post, Stichwort „70 Jahre“ an die CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstraße 6, 40213 Düsseldorf.

Wir freuen uns auf Ihre Geschichten für unsere gemeinsame Geschichte aus 70 Jahren CDU!

WEITERE BÜROKRATIELASTEN VERMEIDEN

Die Vorhaben der großen Koalition für die Zeitarbeit wie Equal Pay nach neun Monaten und eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten stehen auf der politischen Agenda. Dazu Thomas Hetz, Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes der Personaldienstleister (BAP):

Herr Hetz, die Bundesregierung will in Kürze neue Regeln für die Zeitarbeitsbranche festlegen. Was sagen Sie dazu?

Hetz: Dass unsere Branche damit nicht einverstanden sein kann, ist sicherlich nachvollziehbar. Schließlich werden mit Equal Pay unsere Tarifverträge außer Kraft gesetzt und der Einsatz unserer Mitarbeiter zeitlich begrenzt. So etwas gibt es für keine andere Branche! Aber das ist nicht allein der Punkt. Mit den geplanten Regelungen wird nämlich nicht nur die Zeitarbeit belastet, sondern der gesamten deutschen Wirtschaft werden weitere spürbare Bürokratielasten aufgebürdet.

Warum belastet Equal Pay alle Unternehmen? Die Regelung gilt doch nur für die Zeitarbeit.

Hetz: Das ist eben falsch! Neben der Zeitarbeit wird die Ermittlung von Equal Pay für jeden einzelnen Mitarbeiter auch die Kundenunternehmen mit einem deutlich gestiegenen Verwaltungsaufwand belasten. Bei einem großen deutschen Autobauer gibt es zum Beispiel rund 180 Entgeltbestandteile – daraus Equal Pay zu bestimmen, wird eine Herkulesaufgabe. Hat ein Personaldienstleister mehrere Kunden mit ähnlich komplexer Entlohnungsstruktur, müssen schnell viele hundert Entgeltbe-

standteile berücksichtigt werden. Unternehmen, die Zeitarbeit einsetzen, werden schon aus Gründen des Rechtsschutzes gezwungen sein, eine Schatten-Lohnbuchhaltung für bei ihnen eingesetzte Zeitarbeitnehmer einzurichten. Denn gewiss ist: In vielen Fällen werden Arbeitsgerichte klären müssen, ob wirklich Equal Pay gezahlt wurde, und dann liegt die Nachweispflicht bei den Kundenunternehmen. Und was passiert eigentlich, wenn es keine vergleichbaren Stammmitarbeiter als Orientierung für Equal Pay gibt? Nach den überdurchschnittlichen Tarifsteigerungen und der Einführung der Branchenzuschlagstarifverträge ist also nicht die Lohnhöhe das Problem bei Equal Pay. Was uns schreckt, sind zusätzliche Bürokratie und Rechtsunsicherheit.

Und die geplante Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten?

Hetz: Auch da wird es weitere Dokumentationspflichten geben, damit die Personaldienstleister bei Kontrollen nachweisen können, dass diese Grenze nicht überschritten wurde. Und je nach Ausgestaltung wird es zusätzlich die Kunden treffen, die im Zweifelsfall ebenfalls beweisen müssen, dass Zeitarbeitnehmer bei ihnen nicht

zu lange eingesetzt wurden. Aber ganz abgesehen davon – die geplante Höchstüberlassungsdauer passt überhaupt nicht zum Einsatz der Bundesregierung für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die kürzlich eingeführte Familienpflegezeit sieht zum Beispiel eine Reduzierung der Arbeitszeit von bis zu 24 Monaten vor, und es gibt einen Gesetzesanspruch auf bis zu 36 Monate Elternzeit. Hier ist die Zeitarbeit das Instrument der Wahl für entsprechende Ausfälle. Diese Vertretungen gehören also zum klassischen Einsatzgebiet der Zeitarbeit und im wahrsten Sinne des Wortes zu ihren Kernfunktionen – auf die die Bundesregierung die Branche laut Koalitionsvertrag »hin orientieren« will.

Was schlagen Sie vor?

Hetz: Das Beste wäre, der Gesetzgeber lässt den Sozialpartnern Raum, tarifvertragliche Vereinbarungen zu treffen. Das haben wir bei Equal Pay schon sehr erfolgreich mit den Branchenzuschlägen getan. Noch mehr Bürokratielasten durch weitere gesetzliche Regelungen für die Zeitarbeit wären jedenfalls ein fatales Signal für die deutschen Unternehmen, die mit den Mindestlohn-Dokumentationspflichten ohnehin zu kämpfen haben!

Das leisten wir für die deutsche Wirtschaft

Der BAP. Der Verband der Personaldienstleister.

Die Leistungen der Branche

- Wir sind eines der wichtigsten Flexibilisierungsinstrumente für die deutschen Unternehmen.
- Wir unterstützen die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
- Wir sind ein wichtiger Baustein im Strategiefüge besonders erfolgreicher Unternehmen.
- Wir tragen deshalb mit dazu bei, dass sich die deutsche Wirtschaft in Zeiten der Globalisierung international erfolgreich behaupten kann.



Bundesarbeitgeberverband
der Personaldienstleister
www.personaldienstleister.de

Dieser Stundenplan gehört: _____
 Ich bin in Klasse: _____
 Meine Klassenlehrerin/mein Klassenlehrer heißt: _____
 Meine Schule heißt: _____



UHRZEIT

MONTAG

DIENSTAG

MITTWOCH

DONNERSTAG

FREITAG

SAMSTAG



CDU

www.cdu.nrw

Einem schönen Sommer.



CDU